

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Schriftleiter: Anton Heutmann, Düsseldorf, Cavalleriestr. 22. Fernruf 4423. Telegr.: Textilverband Düsseldorf.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 3 Mark.

Verlag: E. M. Schiffer, Düsseldorf, Cavalleriestraße 22. Druck und Versand Joh. van Aken, Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65. Fernruf: 1558.

Die Mäden.

Wer kennt sie nicht, die abseits untätig am Wege stehen, während die anderen vorwärts stürmen. Jene Kreise, die so gern klagen und jammern, mit der Welt und sich selbst unzufrieden sind. Aber aufpassen zur Mitarbeit, den festen Willen zu fassen, selbst mit Hand anzulegen, dazu langt ihre Willenskraft nicht. Nur einmal sind sie an erster Stelle, allen anderen voraus. Aber nur dann, wenn es gilt, die Früchte zu ernten, die andere erstritten. Auch unter der Arbeiterschaft haben wir diese Sorte von Menschen. Der Gewerkschaftler hat tagtäglich Gelegenheit, sie kennen zu lernen. Es sind diejenigen, die in der Regel die Unzufriedensten sind. Unzufrieden mit ihrem Lohn, mit der Behandlung, unzufrieden mit ihren Arbeitskollegen, kurz gesagt, unzufrieden mit Gott und der Welt. Keiner vermag es ihnen recht zu machen. Besonders erhaben fühlen sie sich über die organisierten Kollegen. Unternehmen diese irgend eine Aktion zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, und fällt diese dann nicht nach dem Wunsche der Mäden aus, dann hageln die Vorwürfe nur so nieder. Hätten sie es gemacht, wäre es besser geworden. Aber gerade zur Mitarbeit sind sie nicht zu bewegen. Wird diese Anforderung an sie gestellt, dann wissen sie keine andere Ausrede wie: „Sahnemann, geh du voran“. Zum Mörgeln und Kritifizieren finden sie den Mut, nicht aber zur Mitarbeit. Nur einmal finden wir diese Leute an der Spitze und zwar dann, wenn es heißt, die Erfolge in Empfang zu nehmen. Dann haben sie alle Müdigkeit vergessen. Mit aller Energie wird versucht, ein möglichst großes Stück des Erfolges in die eigene Scheune zu bringen.

Ist ein derartiges Verhalten eines Arbeiters im zwanzigsten Jahrhundert würdig? Sind das die Früchte unserer heutigen Kultur? Es mag eine Anzahl geben, bei denen die Gleichgültigkeit, die Müdigkeit in gewerkschaftlichen Dingen eine Folge der Unkenntnis der sozialen Verhältnisse ist. Gar wunderbarlich spielen sich die Vorgänge des sozialen Lebens in ihrem Kopfe ab. Da sie nicht die Ursache für viele Erscheinungen erkennen, glauben sie an das Schicksal, an etwas Unbegreifliches, welches alles lenkt, während derjenige, der die Ursache kennt, deren Folgen als ganz reale Dinge betrachtet, die ebenso gut anders gestaltet werden können. Man frage diese Leute einmal, nach welchen Gesetzen sich die Höhe des Lohnes richtet, und man ist erstaunt über die totale Unkenntnis, mit der sie dieser ziemlich einfachen, aber für sie wichtigen Frage gegenüberstehen.

Es ist daher selbstverständlich, wenn diese Leute die gewerkschaftliche Organisation als schädlich, zum mindesten als überflüssig betrachten, da ihrer Ansicht nach jeder Erfolg als das Ergebnis der Wirksamkeit des großen Unbekannten zu betrachten ist. Hieraus leiten sie auch das Recht her, dort zu ernten, wo sie nicht gesät.

Im großen und ganzen aber zwingen heute die Verhältnisse einem Jeden die Notwendigkeit auf, sich der Dinge bewußt zu werden. Wer sich der Erkenntnis mit Absicht widersetzt, bei dem wird die Müdigkeit, die Gleichgültigkeit zur großen Pflichtverletzung. Ueber kurz oder lang wird auch er seine Bilanz mit sich selbst ziehen müssen. Er wird zu der Ueberzeugung kommen, daß sich ein großes Manko ergibt. Ein Manko an Pflichterfüllung, welches ihm einen guten Teil Selbstachtung nimmt. Der Mensch aber, der die Selbstachtung verloren hat, wird niemals zu jener inneren Zufriedenheit gelangen, ohne die nun einmal das Leben keinen Wert besitzt.

Nur derjenige, der in der heutigen Zeit neben seinen sonstigen Verpflichtungen auch die Pflichten erfüllt, die ihm die Zugehörigkeit zu einem Stande auferlegt, kann jene Selbstachtung besitzen, die den Mäden versagt bleibt.

Arbeiterin und Gewerkschaft.

II.

In der Nummer 16 befaßten wir uns mit den Hemmnissen und Schwierigkeiten, die uns in der Arbeiterinnenagitation entgegenstehen. Diese sind indes nicht unüberwindlich, das haben wir bereits betont. Heute möchten wir nun einige Anregungen geben, deren Befolgung uns zweifellos in dieser schwierigen Frage ein Stück vorwärts bringen wird.

In erster Linie muß mit den Vorurteilen und verkehrten Ansichten aufgeräumt werden. Den Zweifeln an der Fähigkeit der Arbeiterin, ihre Interessen zu wahren, sei gesagt, daß diese es sehr wohl versteht, organisatorisch tätig zu sein und eventuell ihr Geschick selbst in die Hand zu nehmen. Den besten Beweis hierfür liefern die verschiedenen zum Teil ausgezeichnet geleiteten Frauenorganisationen. Es sei nur an unsere Heimarbeiterrinnen erinnert. Notwendig ist nur eine entsprechende Erziehung und Schulung der Arbeiterinnen.

Und die hat schon im Elternhaus einzusetzen. Die Eltern müssen zunächst selbst davon überzeugt werden, daß die Organisation der Arbeiterinnen die Voraussetzung ist für die Befreiung der diesen durch die Erwerbsarbeit erwachsenden gesundheitlichen, geistigen und sittlichen Gefahren; daß in manchen Industrien ein Aufstieg des Arbeiterstandes überhaupt ohne die Mitwirkung der Arbeiterin nicht möglich ist; daß die unmorganisierte Arbeiterin zur Konkurrentin des Mannes und somit zur Lohnrückerin wird. Niedere Löhne des Mannes aber bedeuten für die Arbeiterin auch nach ihrer Verheiratung Not und Entbehrung, zwingen sie trotz ihrer Mutterschaft zum Mitverdienen, zur Wiederaufnahme der Fabrikarbeit. Sind die Gedankengänge einmal Gemeingut der Eltern geworden, dann werden sie schon dafür sorgen, daß auch bei den Töchtern die Vorurteile und die Abneigung gegen die gewerkschaftliche Berufsorganisation verschwinden. Unsere Aufgabe ist es darum, in den Versammlungen der Gewerkschaften und der Arbeitervereine, sowie auf den von Zeit zu Zeit veranstaltenden Elternabenden für die nötige Aufklärung Sorge zu tragen. Vor allem muß den organisierten Familienvätern zum Bewußtsein gebracht werden, wie schwer gerade sie sich an ihren eigenen und den Interessen des Arbeiterstandes, sowie am gegenwärtigen und zukünftigen Glück ihrer Kinder veründigen, wenn sie diesen oder der mit erwerbstätigen Frau den Beitritt zur Organisation verwehren oder auch nur gleichgültig ihrem Fernbleiben gegenüberstehen. Eine solche Handlungsweise zeugt von geringem gewerkschaftlichen Verständnis.

Außer dem Elternhaus sind vor allem die Arbeiterinnenvereine in der Lage, den beruflichen Organisationsgedanken unter den Arbeiterinnen zu fördern. Ihnen obliegt es, neben der religiösen und sittlichen Erziehung ihrer Mitglieder auch deren Selbst- und Standesbewußtsein zu pflegen und sie zur Wahrnehmung ihrer beruflichen Interessen zu befähigen. Leider läßt die konfessionelle Arbeiterinnenvereinsbewegung besonders hier in Westen und auch anderwärts noch sehr zu wünschen übrig. Insgesamt dürften in den katholischen und evangelischen Arbeiterinnenvereinen Deutschlands kaum 25000 Arbeiterinnen organisiert sein. In manchen der bestehenden Vereine steht man auch dem Gewerkschaftsgedanken leider noch recht kühl gegenüber. Die Gründe sind in der Regel ähnlicher Natur wie die oben bereits gekennzeichneten. Unsere Aufgabe muß es sein, die konfessionellen Arbeiterinnenvereine um ihrer selbst willen kräftig zu fördern, dann aber auch danach zu streben, in ihnen das nötige Verständnis für die Notwendigkeit und Bedeutung unserer Organisationen zu wecken und zu fördern.

Dann aber haben wir selbst in allen Ortsgruppen dahin zu wirken, daß sich die Arbeiterin in

unsern Reihen wohl und heimisch fühlt. Dazu ist vor allem nötig, daß wir sie als gleichberechtigte Mitarbeiterin und Mitsprecherin betrachten und sie zu allen gewerkschaftlichen Vertrauensämtern ihrer Stärke entsprechend zuziehen. Wir müssen der Arbeiterin auch in der Organisation durch Veranstaltung spezieller Arbeiterinnenkonferenzen und Arbeiterinnenversammlungen, vielleicht auch durch die Veranstaltung spezieller Arbeiterinnentage, ein gewisses Eigenleben einräumen und ihr auch in der Agitation eine gewisse Selbständigkeit und einen angemessenen Spielraum gewähren. Ferner sind auch bei Lohnbewegungen die Wünsche und Forderungen der Arbeiterinnen möglichst zu berücksichtigen. Geschieht dies, dann werden wir in nicht allzuferner Zeit eine große Schar tüchtiger, opferwilliger Mitarbeiterinnen haben, die wesentlich zur Förderung der Arbeiterinnenagitation beitragen werden. Den Ortsgruppenvorständen kann darum nicht dringend genug ans Herz gelegt werden, allen diesbezüglichen Anregungen der Zentralleitung ihre Aufmerksamkeit zu widmen.

Zu erwägen wäre ferner die Schaffung einer speziellen Abteilung für die Arbeiterinnenbewegung am Generalsekretariat des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften. An der Spitze derselben müßte eine mit der Arbeiterbewegung vertraute, eventl. wissenschaftlich gebildete weibliche Kraft stehen. Ihre Aufgabe wäre es, Material über die Wirkungen der Fabrikarbeit auf das körperliche, geistige und sittliche Leben der Arbeiterin, sowie auf ihren natürlichen Beruf als Hausfrau und Mutter zu sammeln und der praktischen Agitation sowie für eventl. gesetzgeberische Aktionen nutzbar zu machen. Sie hätte weiter für die Heranbildung geeigneter Kräfte für die Kleinarbeit Sorge zu tragen, die ganze Arbeiterinnenagitation systematischer zu gestalten und ihr Richtung und Ziel zu geben. Auch zur Förderung der konfessionellen Arbeiterinnenvereinsbewegung und der freundschaftlichen Beziehungen zu ihr könnte sie wesentlich beitragen. Endlich würde es durchaus nichts schaden, wenn durch sie auch die Frauen unserer Gewerkschaftsmitglieder etwas mehr mit dem Gewerkschaftsgedanken vertraut gemacht würden.

Mit der Schaffung eines solchen Arbeiterinnensekretariates könnte gleichzeitig dem Gedanken der Gründung eines besonderen Organs für die weiblichen Gewerkschaftsmitglieder nähergetreten werden. Ein solches ist zweifellos ein Bedürfnis. In unsern Gewerkschaftsorganen kann der weiblichen Eigenart nicht genügend Rechnung getragen werden. Die in unserm Verband übliche Lieferung der konfessionellen Vereinsorgane kann auch nur als ein Nothelfer betrachtet werden, der auf die Dauer nicht befriedigt und nicht für alle Zeiten aufrecht erhalten werden kann.

Ferner dürfte auch die Veranstaltung von Ausbildungskursen für Arbeiterinnen sehr zweckmäßig sein. Eine großzügige und erfolgreiche Arbeiterinnenagitation ist auf die Dauer nur möglich, wenn sie von den weiblichen Verbandsmitgliedern selbst geleitet und betrieben wird, selbstverständlich immer in Verbindung mit der Orts- und Bezirksleitung. Nun fehlt's uns aber vielfach noch an geeigneten Kräften. Um solche heranzubilden, wird es nötig sein, denselben Weg zu beschreiten, der beschritten wurde: Wir müssen Kurse veranstalten. Einmal solche von längerer Dauer, um führende, rednerisch tätige Arbeiterinnen auszubilden, also Kurse ähnlich den vom Volksverein veranstalteten volkswirtschaftlichen Kursen, und solche, die an einer Reihe von Wochenabenden oder Sonntagen stattfinden und mehr die Ausbildung der in der örtlichen Kleinarbeit tätigen Kolleginnen bezwecken. Diese Sonderkurse für Arbeiterinnen sind nötig, weil nach den bisher gemachten Erfahrungen die Unterrichtsmethode eine andere und auch die Vortragsform einfacher und plastischer sein muß, wie bei männlichen Kollegen.

Weiter sind auch alle jene Bestrebungen zu fördern, die der beruflichen Ausbildung der Arbeiterin dienlich sind. Schon die Eltern müssen

von dem verkehrten Grundsatz, als ob eine solche für die Mädchen keine Bedeutung hätte, abgebracht werden. Je besser die berufliche Ausbildung, desto eher vermag sich auch die Arbeiterin im Kampf ums Dasein zu behaupten, desto sicherer und selbstbewußter tritt sie auf. Darum sind auch die Bestrebungen des Verbandes für die handwerksmäßige und fachgewerbliche Ausbildung der Frau, der ja speziell auch der beruflichen Fortbildung der Textilarbeiterinnen kein Augenmerk widmet, sehr zu begrüßen. Unsere Aufgabe ist es, diese Bestrebungen zu unterstützen und unsererseits im selben Sinne zu wirken. Dabei gilt's, immer und immer wieder die Fortbildungsschulpflicht auch für die Arbeiterinnen zu fordern.

Endlich könnte für die hauswirtschaftliche Ausbildung der Arbeiterinnen auch in unsern Organisationen mehr wie bisher geschehen. Vor allem an den Orten, wo Arbeiterinnenvereine nicht bestehen, sollten die Ortsgruppen mal überlegen, ob sich die Einführung von Koch-, Näh- und Bügelkursen für die weiblichen Verbandsmitglieder nicht bewerkstelligen läßt. Solche Kurse haben, wie die Erfahrung bereits lehrte, nicht nur einen großen agitatorischen Wert, sie sind auch für die Arbeiterinnen selbst und für ihre Familien von unschätzbarem, segensreicher Bedeutung.

Das sind so einige Gedanken zum Kapitel „Arbeiterin und Gewerkschaft“. Ihr Zweck soll sein, den Kolleginnen zu zeigen, daß wir ernst gewillt sind, ihnen gerecht zu werden und die Wege zu ebnen, um zu einer weiteren Stärkung ihrer Reihen zu gelangen. Die Kollegen aber sollen verstehen lernen, warum die Gewinnung der Arbeiterinnen manchmal so schwierig ist. Und aus der Kenntnis dieser Schwierigkeiten heraus sollen sie lernen, die richtigen Mittel richtig anzuwenden, um der Schwierigkeiten Herr zu werden. Hoffentlich erfüllen diese Zeilen ihren Zweck.

Qualitätsarbeit.

Im Schnellzugtempo entwickelt sich die Industrie. England, Deutschland, Vereinigte Staaten, Frankreich, Belgien stehen an der Spitze. Agrarländer folgen. Rußland, der Balkan, Mexiko, Japan, China haben reiche Bodenschätze an Kohlen und Mineralien oder anderen gewerblichen Rohstoffen. Das internationale Kapital hat sich bereits zahlreiche Gewinnmöglichkeiten gesichert. Eisenbahnlinien sind bereits hier und dort. Jetzt erst hat Frankreich den Bau zahlreicher Küstenlinien in Kleinasien und Syrien eingehandelt. Deutschland ist im letzten Menschenalter zu einem reichen Land geworden, das nach Walter Rathenau „den Wohlstand Frankreichs um fast das Doppelte überflügelt.“ Die Hauptursache liegt in den gewaltigen Verläufen deutscher Waren an das Ausland. An diesen Waren klebt auch der Schweiß des deutschen Arbeiters. Eine Zeitlang war die deutsche Ware mißachtet. „Billig und schlecht“ nannte man sie. Das ist schon lange vorbei. Unser englischer Wettler fühlte zuerst die Konkurrenz deutscher Arbeit. Er sah seine Stellung als „Kaufmann der Welt“ bedroht und erfindet ein Gesetz, das die deutschen Waren „kennzeichnen“ und den Käufer warnen sollte. Die Wirkung war eine andere als geplant. Das „Made in Germany“ ist zu einer Reklame geworden für deutsche Arbeit. „Qualitätsarbeit“ ist sie geworden. Obwohl der englische Wettler riesige Kolonialgebiete mit erleichterten Verkaufsmöglichkeiten, die englische Sprache als Welt-Handels-sprache, die größte Handelsflotte und an allen Ecken und Enden der Welt Handelsstützpunkte hat, die den Verkauf englischer Waren sehr erleichtern, ist es Deutschland gelungen, den Vorprung Old-Englands fast einzuholen. Für bald 10,1 Milliarden M. verkaufte Deutschland 1913 an das Ausland. Im Jahre 1887 waren es 3,4 Milliarden. Damals war noch überall eine große Nachfrage. Die Industrie noch nicht so riesengroß, zumeist noch Landwirtschaft. So bahnte sich Deutschland den Weg.

Heute ist's anders. Es wird schwieriger, neue Käufer zu finden. Der Kaufstille sind sehr viele. Die Gefahr, Absatzgebiete zu verlieren, ist da. Unter den Mitteln, sich die bisherigen Märkte zu erhalten und neue zu erwerben, wird von vielen Seiten gefordert die Lieferung von Qualitätsware. Auch die Konkurrenzländer Deutschlands verbessern ihre Waren. Es wird daher eine fortlaufende Verbesserung deutscher Ware nötig. Bester Stoff, beste Arbeit, beste Form. Die deutsche Arbeit, die bis dahin an der Spitze marschiert, wird sich anstrengen müssen, damit sie ihren Platz behauptet. Auch an die deutsche Arbeiterschaft werden erhöhte Anforderungen gestellt werden. Nur eine intelligente, berufstätige Arbeiterschaft ist imstande, gute Erzeugnisse zu liefern. Gilt das unbestritten für Kunstgewerbe und Handwerk, so in manchen Fällen der Arbeiter zum Künstler wird, so bleibt es für die Industrie nicht ausgeschlossen. In den allermeisten Fällen sind die Unternehmer nur kaufmännisch, nicht technisch geschult, soweit es sich um Industrie und Großgewerbe handelt. Soll das kaufmännische Verdienst für die Entwicklung des Außenhandels nicht bestritten

werden, so kann doch von einem technischen Verdienste hinsichtlich Steigerung der Qualität nur in wenigen Fällen die Rede sein. Denn auch die maschinellen Verbesserungen, patentierter und nicht patentierter Erfindungen, die die Güte des Artikels erhöhen, sind nur in wenigen Fällen den Unternehmern, in den allermeisten Fällen Arbeitern und Angestellten zu verdanken. Je feiner die Maschinen, um so mehr Anstrengung der Sinne ist nötig. Auge und Ohr, Gefühl und Geschicklichkeit sind angespannt. Das zermüht. Früh sind die Arbeiter und Arbeiterinnen gealtert. Die Altersstatistik der Industrieberufe weist wenig alte Leute auf. Die werden meist vorzeitig abgesetzt.

Ein Milliardensegen ist auf Deutschland herabgefallen. Auch die Arbeiter haben einen Teil davon bekommen. Nicht ihren Teil. Das Großkapital, privat und assoziiert, lehteres mehr noch als das erstere, hat das Fett von der Suppe geschöpft. Es ist durchweg dasselbe Kapital, das der Arbeiterschaft berechnete Wünsche abschlägt.

In der letzten Zeit tauchen hier und da Statistiken auf. Banken, Großhandel und dem Kapital nahestehende Kreise sind die Statistiker. Von diesen Milliardenzahlen auf die Lage der breiten Volksmassen zu schließen, wäre verfehlt. Wenn es auch im allgemeinen besser geworden ist, wie es vor 20 und 30 Jahren war, bleiben doch noch zahlreiche Wunden. Manche werden jetzt erst brennend. Es wäre aber verfehlt, irgend welche Hoffnung zu hegen nach der Seite des Kapitals. Die Selbsthilfe muß einsetzen, die Gewerkschaft. Der Arbeiter muß seine Rechte mit verstärktem Nachdruck geltend machen.

Was sind die nächsten Aufgaben? Koalitionsfreiheit, Schutz derselben, Beseitigung des § 153 G.D., Wohnungsbezug. Bodenreform, Verbesserung des Lebensmittelmarktes, Lohntarife usw. Mehr Schutz der Arbeiterwitwen und Waisen.

Wir werden nichts erreichen, wenn wir nicht selbst mit anfangen. Auch als Gewerkschaftler haben wir Gegner. Mehr noch als sonst. Den handels-technischen Grundsatz, daß „das Bessere der Freund des Guten“ ist, kann man auch auf das Gewerkschaftsleben anwenden. Unser Bestes müssen wir hergeben. Dann werden die Gegner schwachmütig gesetzt. Qualitätsarbeit und Fleiß, diese beiden Grundlagen für Deutschlands Erfolge, sollen uns auch als Gewerkschaftler Richtschnur sein.

Wie oben erwähnt, haben wir handelspolitische Kämpfe um den Auslandsmarkt, den Weltmarkt, zu erwarten. Die Qualität der Ware wird für die Entscheidung von großem Einfluß sein. Wird Deutschland in bezug auf Güte seiner Erzeugnisse seinen Rang behaupten, so wird der Goldstrom weiter fließen. Die deutsche Arbeiterschaft, insbesondere die christlich-nationale Arbeiterbewegung, hat bisher schon gezeigt, daß es ihr an Verständnis für Deutschlands Interessen nicht fehlt. Auch in Zukunft werden unsere Gewerkschaften bestrebt sein, die Fachbildung zu fördern, um eine tüchtige, geschulte Arbeiterschaft heranzubilden. Es liegt aber auch in Deutschlands Interesse, daß die breiten Volksschichten sich in gesunder wirtschaftlicher Lage befinden. Nur eine gute wirtschaftliche Unterlage bildet bei der Masse den Grund zur geistigen Fortbildung. Mit vollem Recht können wir daher sagen: Das Verlangen der Arbeiter, einen größeren Anteil an den nationalen Gütern zu erhalten, ist durchaus begründet. Diese berechtigten Bestrebungen unterstützen, heißt, die Qualität des deutschen Volkes zu heben. Kultur im wahren Sinne des Wortes.

Zur Lohnregelung in der Heimindustrie.

In den Kreisen der Heimarbeiter und ihrer Freunde wird es mit Genugtuung begrüßt werden, daß vor kurzem regierungsgestützt erklärt worden ist, die Einrichtung von Sachausschüssen, die u. a. bei der Lohnregulierung beratend und diese fördernd mitzuwirken haben, werde nicht mehr lange auf sich warten lassen. Zunächst sollen für die Konfektionsindustrie in größeren Bezirken solche Sachausschüsse eingesetzt werden.

Bei diesen Sachausschüssen handelt es sich bekanntlich um Maßnahmen der staatlichen Gesetzgebung. Was sich nach dieser Richtung hin jedoch auch auf dem Wege der Selbsthilfe erreichen läßt, lehrt das Beispiel der Stadt Paderborn, wo man kürzlich ein sogenanntes freiwilliges Lohnamt geschaffen hat. Die durchschnittlichen Tagelöhne schwankten hier für gelehrte Arbeiterinnen zwischen 50 und 100 Pfg., näherten sich aber größtenteils der unteren Grenze. Nur dadurch, daß die meisten Arbeiterinnen bei den Eltern wohnen, erklärt es sich, daß solche unter den Mindestlebensbedarf heruntergehenden Löhne möglich waren. Einer Anzahl sozial interessierter Persönlichkeiten gelang es nun, ein freiwilliges Lohnamt zu schaffen.

Es setzt sich gleichseitig in folgender Weise zusammen: Der Vorsitzende ist eine sozialgeschulte Persönlichkeit, die weder Unternehmer noch Arbeiter ist, Besitzer sind ein Unternehmer eines anderen Faches und eine mit den Verhältnissen in der Paderborner Konfektion vertraute unabhängige Persönlichkeit. Drei Arbeitgeber und drei Arbeitnehmer vertreten die beiden Parteien. Den Arbeiterinnen ist als Sprechwart der Vorsitzende

des Partells der christlichen Gewerkschaften und als technischer Berater der Vorsitzende der Schneidergewerkschaft, beide ohne Stimme, zugeteilt. Diese Form der Zusammensetzung erscheint sehr günstig. Man hat sich nicht damit begnügt, äußerlich und zahlenmäßig die Gleichheit zu wahren, sondern hat die ungeschulten und zunächst wenigstens mangelhaft organisierten Arbeiterinnen durch Zuteilung des Sprechwarts und des technischen Beraters in Stand gesetzt, ihre Interessen wirklich tatkräftig zu vertreten. Auch die Hinzuziehung unabhängiger sozialgesinnter Persönlichkeiten dürfte das Gelingen des Versuchs sichern.

Die großen Frauenvereine, die Arbeiterverbände und der Volksverein für das katholische Deutschland haben zur Unterstützung der Bewegung eine große öffentliche Versammlung einberufen, die einstimmig beschloß, nur bei den Geschäften zu kaufen, die sich dem Lohnamt, dem sich gleich eine Anzahl größerer Geschäfte angegliedert hat, zu kaufen. Zunächst sind die Mindestlöhne auf 1,25 M. täglich festgelegt. Höher noch als dieser Erfolg ist der plötzliche Aufschwung der Organisationsfähigkeit der Arbeiterinnen einzuschätzen.

Wie weit uns England in Bezug auf die Lohnregelung in der Heimindustrie voraus ist, zeigte vor kurzem noch ein Aufsatz im Reichsarbeitsblatt (1914, 2), wo über die dortigen Lohnämter, die das Recht der Festsetzung gesetzlicher Mindestlöhne haben, berichtet wurde. Das Lohnamtgesetz vom Jahre 1909 sieht die Festsetzung von Mindest- bezw. Mindeststücklöhnen für gewisse Teile der Konfektion, ferner für die Spitzenindustrie, Schachtel- und Kettenstrieberzeugung vor und überträgt die Festsetzung den Lohnämtern. Deren Mitglieder werden — zumeist drei — zum Teil vom Ministerium ernannt, im übrigen aber von den Arbeitgebern, den Arbeitnehmern und dem Handelsministerium gewählt. Für die Papierstachelindustrie sind 3. W. neun Bezirke gebildet worden, in denen je ein Bezirks-Lohnauschuß zur Festsetzung der Löhne errichtet wurde, für die Konfektion sind sieben Bezirks-Lohnauschüsse gebildet worden usw. Vor Festsetzung der Löhne muß das Lohnamt über die beabsichtigte Lohnhöhe verständig werden. Sobald der Mindestlohn — Ausnahmen sind vorgeesehen bezüglich minderleistungsfähiger Arbeiter mit körperlichen Gebrechen — festgesetzt ist, hat das Lohnamt den in Betracht kommenden Arbeitgebern und Arbeitern davon Kenntnis zu geben. Sobald dieser die Bestätigung des Handelsministeriums gefunden hat, ist jede andere Vereinbarung zwecks Zahlung niedrigerer Löhne unzulässig, und der Arbeitgeber macht sich durch solche strafbar.

Die Mindestzeitlöhne, welche für die eben genannten Industriezweige festgesetzt sind, schwanken für Frauen zwischen 21 und 27 Pfg. die Stunde, für Männer zwischen 42 und 58 Pfg.; selbstverständlich verdienen zahlreiche Arbeiter wesentlich höhere Löhne. Die Zahl der Arbeiter, welche durch das Gesetz bisher berührt werden, wird auf rund 200 000 geschätzt, von denen 70 Prozent Frauen und Kinder sind. Vom Handelsministerium sind Beamte ernannt worden, um Beschwerden der Arbeiter entgegenzunehmen und gegen Zuwidervandlungen vorzugehen.

Ein am 1. Mai 1913 eingebrachtes Gesetz schlägt vor, das Gesetz auf folgende fünf weitere Industriezweige auszudehnen: Zuckerbäckerei und Konserbieren von Früchten, Hemdenherstellung, Anfertigung von Binn- und Emaille-Hohlgeschäften, Stickerie auf Leinen und Baumwolle, sowie Rollen und Bügeln in Dampfwaschereien. Dadurch werden weitere 150 000 bis 200 000 Personen von den Wirkungen dieses Gesetzes betroffen, wovon die meisten wieder Frauen und Mädchen sind, deren Löhne eine wesentliche Aufbesserung erfahren werden.

Eine tragische Sache.

Die Geister, die ich rief,
Die werd' ich nun nicht los.

Jedes Unrecht schlägt seinen
eigenen Herrn.

Ueber den Streit in der sozialdemokratischen Konsum- und Produktivgenossenschaft zu Krefeld haben wir in Nr. 15 der Textilarbeiter-Zeitung kurz berichtet. Die gesamte Verwaltung der Genossenschaft ist von der Generalversammlung ihres Amtes entsetzt worden. Die Verwaltung soll die Rechte und Freiheiten der in der Genossenschaft tätigen Arbeiter und Angestellten mißachtet und vergrößert haben. In keinem privatrechtlichen Betriebe könne ein krasserer Herrschaftspunkt hervorgerufen werden. Es seien Arbeiter schikaniert und gar gemißregelt worden, die als Vertreter ihres Berufsverbandes oder als Arbeiterausschußmitglieder für die Forderungen ihrer Mitarbeiter eintraten. Die Wünsche der Arbeiter aber seien nach Scharfmachermanier brüst abgelehnt worden. In einer Anerkennung von Schlichtungsinstanzen habe sich die Verwaltung nicht bequemen können. Sie habe „Herr im Hause“ bleiben wollen. Solche und noch mehr geradezu ungeheuerliche Anklagen wurden in der genannten Generalversammlung gegen die Verwaltung erhoben. Bemerkenswert dabei ist, daß diese sich in der Hauptsache zusammensetzte aus Redakteuren und Sekretären der sozialdemokratischen Partei und Gewerkschaftsbewegung. Die Verwaltung hat in der Presse eine lange Erklärung veröffentlicht, worin sie die gegen sie erhobenen Vorwürfe ganz entschieden zurückweist und zu entkräften versucht und den Krach als das Werk einiger überradikaler Streber und Stänker bezeichnet. Wir kommen auf die Sache nochmals ausführlicher zurück, weil sie einige interessante Zusammenhänge aufweist, die für die Krefelder Verhältnisse typisch sind und weil sie auch des Protest-Tragischen nicht entbehrt. Wir fügen uns dabei

auf einen Artikel des Zentralorgans der Konsum- und Produktivgenossenschaften Hamburgs Richtung (Konsumgenossenschaftliche Rundschau Nr. 16 vom 18. April 1914), der von einem führenden Kreisler Genossen geschrieben ist.

Seit mehreren Jahren ist die sozialdemokratische Konsum- und Produktivgenossenschaft aus dem Saal und Stuhl nicht mehr herausgekommen. Einige „zielbewusste“ Mitglieder des Aufsichtsrates provozierten einen Krakehl nach dem anderen, sodaß sie den ruhigen und besonnenen Mitgliedern der Genossenschaft die Mitarbeit verweigerten. Bis zum Jahre 1910 waren die Verhältnisse durchaus zufriedenstellend, und die Genossenschaft entwickelte sich zwar langsam, aber doch ständig vorwärts. Bis dahin hatte sich die Genossenschaft der Mitwirkung kluger und besonnener Leute erfreuen können und sich ferner bemüht, die parteipolitische Neutralität in etwa zu wahren. In der Verwaltung arbeiteten angeblich Arbeiter ohne Unterschied der religiösen und politischen Anschauung miteinander. Das gefiel den zielbewußten Genossen nicht. Sie forderten die Durchdringung des Konsumvereins mit sozialistischem Geiste und seine vollständige Beherrschung durch entschiedene Anhänger der Sozialdemokratie. Der sozialdemokratische Parteitag in Magdeburg und der internationale Sozialistenkongress in Kopenhagen hatten in einer Entschließung gesagt, daß die Konsumgenossenschaften mit sozialistischem Geiste erfüllt sein müßten. Einige führende Leute der sozialdemokratischen Partei und des „freien“ Gewerkschaftskartells setzten sich zur Aufgabe, diese Entschließung auch in Kreisfeld zu verwirklichen. Die Genossenschaft sollte ein Musterbetrieb in sozialistischem Sinne werden. Zu diesem Zwecke wurden etliche dieser Personen in den Aufsichtsrat gewählt.

Nun war es mit der praktischen Arbeit und der Weiterentwicklung der Genossenschaft vorbei, denn mit Phrasen und sozialdemokratischem Radikalismus läßt sich ebensowenig in einer gewerkschaftlichen Organisation erfolgreich arbeiten. Auf dem sozialdemokratischen Gewerkschaftsbüro wurden die Pläne gegen die Genossenschaftsverwaltung ausgeheckt. Alle Beschäftigtengruppen stellten bis ins Ungemessene gehende, unerfüllbare Forderungen, die ganz oder teilweise abzulehnen die Verwaltung umso mehr gezwungen war, als sie infolge Manges einer eigenen Bäckerei sehr unglücklich mit dem Gelde umgehen mußte. Aber auf diese Lage nahmen die von den Partei- und Gewerkschaftsbeamten aufgestachelten Arbeiter keine Rücksicht. Es war den Machern ja weniger zu tun um die sachlichen Forderungen, als darum, der Verwaltung Schwierigkeiten zu machen, die Leitung an sich zu reißen, um dann die Genossenschaft mit sozialistischem Geiste zu erfüllen. Sie schürten die Differenzen zwischen der Verwaltung und den Genossenschaftsangehörigen, bis es schließlich zu wiederholten Widersehlichkeiten und offenen Skandalen kam. Ein Krakehl löste den anderen ab. Die Generalversammlungen wurden zu Tummelplätzen radikaler Propagandistischer. Die sachlichen Interessen der Genossenschaft wurden mit Geschwindigkeit erledigt. Bis es endlich den „zielbewußten“ gelungen war, die alten Verwaltungsmitglieder aus ihren Stellungen zu verdrängen und die Leitung an sich zu reißen.

Jetzt sollten sie nach ihrem System und ihren Grundrissen praktisch arbeiten. Sie sollten die Magdeburger Resolution und ihre eigenen weitgehenden Versprechungen in die Tat umsetzen, die Genossenschaft mit sozialistischem Geiste durchdringen. Aber auch sie packte das Verhängnis. Ihre radikalen Ideen litten elendig Schiffbruch. Bald wurden die Geister, die sie gerufen hatten, ihnen selbst zum Verderben. Wohl bewilligten sie Lohn- und Gehaltserhöhungen, Verbesserungen der Arbeitszeit, größere Freiheiten usw. Aber die radikalisierten Arbeiter waren überhaupt nicht zufrieden zu stellen, sie verlangten die „reife“ Verwirklichung des sozialistischen Geistes. Auch die „zielbewußte“ Verwaltung sah sich, wenn das Unternehmen nicht zusammenbrechen sollte, außer Stande, die Arbeiter zu befriedigen, Ordnung und Disziplin im Betriebe hoch zu halten. Jetzt setzte erst recht der Krach ein. Ein „zielbewußtes“ Verwaltungsmitglied nach dem andern ging. Es wurde immer durch ein „besseres“, „zielbewußteres“ Mitglied ersetzt. Es soll im Genossenschaftsbetriebe zu förmlichen Brügelweien gekommen sein. Bis endlich die „zielbewußte“ Verwaltung auf der eingangs genannten Generalversammlung zum Fenster gejagt wurde, weil sie die Rechte und berechtigten Wünsche der Arbeiter mißachtete und den trasslichsten Scharfmacherstandpunkt herauskehrte.

Die Sache entbehrt nicht des Grotesk-Tragischen. Zuerst stacheln die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsbeamten die Genossenschaftsmitglieder gegen die Verwaltung auf, weil diese nicht sozialistisch genug und von scharfmacherischen Mährchen befangen sei. Sie wollen die Genossenschaft mit sozialistischem Geiste erfüllen. Sie stacheln die Arbeiter solange gegen die Verwaltung auf, bis sie fliegt. Aber schon nach ein oder zwei Jahren werden die „zielbewußten“ Partei- und Gewerkschaftsbeamten von denselben Leuten zum Fenster gejagt, die damals mit ihnen in der Opposition standen. Heute wird denselben Leuten, die die Genossenschaft „mit sozialistischem Geiste erfüllen“ wollen, vorgeworfen, sie träten die Rechte der Arbeiter mit Füßen und lehrten den trasslichsten Scharfmacherstandpunkt heraus. Das ist die Folge des Radikalismus. Die „zielbewußten“ Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre schaukelten sich ihr eigenes Grab. Mit radikalisierten, von der Phrase voll gemachten Arbeitern ist weder gewerkschaftliche, noch genossenschaftliche Arbeit zu leisten. Der „sozialistische Geist“ ist der Todfeind der Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung.

Aus diesem Milieu heraus ist auch der unsinnige Kreislerer Färbekampf mit vielen seiner Begleiterscheinungen zu erklären. Die „zielbewußten“ Krakehler in

der Genossenschaftsbewegung und ihre „Erzieher“ waren die führenden Geister im Färbekampfe. Und es geht bezgl. des Färbekampfes ähnlich wie im Gewerkschaftskampf: die Beamten des „deutschen“ Verbandes in Kreisfeld müssen sich heute wegen ihrer Taktik im Färbekampfe von denselben Leuten, die damals mit ihnen von Versammlung zu Versammlung zogen, um die Haltung des „deutschen“ Verbandes als eine Heldentat zu feiern, die bittersten Vorwürfe bieten lassen. Alle Schuld rächt sich. Wer im Gewerkschafts- und Genossenschaftsleben die Massen radikalisiert, macht sich zum Totengräber der Arbeiterbewegung, der vergeht sich an den Interessen der Arbeiterschaft.

Allgemeine Rundschau.

7093 neue Mitglieder

hat der Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter durch eine planmäßige Hausagitation im 1. Quartal 1914 gewonnen. Die Ausnahmen verteilen sich auf die verschiedenen Bezirke des Vereinsgebiets wie folgt:

- Buer 614, Effen 461, Gelsenkirchen 452, Steele 366, Serne 325, Oberhausen 302, Recklinghausen II 295, Lünen 279, Dortmund 270, Bochum 218, Hamm 201, Bottrop 199, Recklinghausen I 191, Osterfeld 124, Hamborn 88, Mors 64, Wurmrevier 379, Dsnabrick 342, Sauerland 271, Mitteldeutschland 254, Rheinisches Braunkohlengebiet 188, Siegerland 180, Saarrevier-Lothringen 1035.

Dieses Resultat ist um so erfreulicher und doppelt hoch einzuschätzen, weil es in einer Zeit erzielt wurde, in welcher die Quertreiber mit besonderer Wucht gegen die christliche Gewerkschaftsbewegung anstürmten. Die so erhebliche Zahl von Neuaufnahmen beweist denn auch klar und deutlich, daß der christliche Gewerbeverein auf der ganzen Linie marschiert und daß die sozialdemokratischen Behauptungen von dem „rettungslosen Zurückgehen“ des Gewerbevereins jeder Unterlage entbehren.

Sie beweist aber auch, daß systematische Agitationsarbeit immer erfolgreich ist. Auch der christliche Metallarbeiterverband hat in den letzten Monaten im ganzen Verbandsgebiete eine systematische Hausagitation veranstaltet und auch außerordentlich schöne Erfolge erzielt. Unsere Verbandsmitglieder sollten sich das zu Herzen nehmen und auch ihrerseits in der Werbearbeit für unsere Organisation nicht erlahmen.

Kranke Arbeiter.

Aus Gr. wird uns folgender Fall empfindlicher Hartnäckigkeit und Rücksichtslosigkeit mitgeteilt:

Ein Weber ist über 20 Jahre in einem Betriebe beschäftigt. Mit ihm arbeiten einige seiner Kinder seit mehreren Jahren bei der gleichen Firma. Er hat im Laufe der Jahre seine besten Kräfte im Dienste der Firma verbraucht und ist ein kranker Mann geworden. Er leidet an Asthma. Eines morgens kommt er infolge seiner allmorgendlich eintretenden Atemnot eineinhalb Stunde später und findet zu seinem großen Erstaunen seinen Stuhl mit einem jüngeren Kollegen besetzt. Als er sich beim Betriebsdirektor erkundigt, erhält er den Bescheid, daß man im Betriebe unbedingt auf Pünktlichkeit sehen müsse, die Dummheit könne man sich nicht bieten lassen. Er ver schulde es selbst, wenn sein Stuhl besetzt und man seiner Dienste nicht mehr bedürftig sei. Der Arbeiter wendet ein, daß er doch weit über 20 Jahre treu und gewissenhaft gearbeitet habe; die Firma wisse doch, daß er an Atemnot leide, da hätte sie doch etwas Rücksicht nehmen können. Darauf die Firma: Er habe damals auch auf die Firma keine Rücksicht genommen, als er zur Zeit eines flotten Geschäftsganges seine Tochter aus dem Betriebe genommen habe. Die Tochter des Webers war in dem Betriebe als Passiererin beschäftigt. Ihr Lohn war bei ziemlich angestrebter Arbeit nicht besonders hoch. Als sie um eine Lohnerhöhung bat, wurde ihr der Wunsch glatt abgelehnt. Darauf nahm das Mädchen mit Genehmigung des Vaters eine besser bezahlte Stellung in einem anderen Betriebe des Ortes an. Der Fall liegt um mehrere Jahre zurück. Der Betriebsdirektor aber hält es für angebracht, das dem in der Arbeit für die Firma erkrankten Weber nach Jahren wieder vorzuhalten, um damit die Entlassung des Mannes zu „rechtfertigen“. Der Weber antwortete dem Direktor, daß es doch wohl kein Verbrechen sei, für eine Verbesserung seiner Existenz einzutreten. Der Direktor selbst habe doch bei der Firma wiederholt gekündigt gehabt, um eine besser bezahlte Stellung anzutreten, und jedesmal habe ihm die Firma mehrere hundert Mark an Gehalt zugelegt. Müsse denn ein Arbeiter, der im Jahre nicht einmal so viel verdiene, als er im Monat, immer hübsch zufrieden sein? Da soll der Herr Direktor geschwiegen haben. Der Arbeiter aber war entlassen. Einige Wochen darauf wurde er einer Heilanstalt überwiesen.

Aus dem Verhalten des Betriebsdirektors spricht eine unübertreffliche Hartnäckigkeit und Rücksichtslosigkeit. Ueber 20 Jahre hat der Weber für die Firma fleißig, gewissenhaft und pünktlich geschafft, von morgens bis abends. Er hat seine Gesundheit im Betriebe gelassen. Und nun er nicht mehr kann, wird er auf die Straße gesetzt. Und um ihm die Entlassung besonders bitter zu machen, wird ihm der Fall mit seiner Tochter, der mehrere Jahre zurückliegt, in die Erinnerung gerufen. Als ob der Betriebsdirektor an dem kranken Manne Rache dafür nehmen wollte, daß damals seine Tochter um einige Pfennige mehr Lohn bat und ging, als ihrem Wunsche nicht willfahren wurde.

Weiter steht dieser Fall nicht vereinzelt da. Solange der Arbeiter seine körperliche Volkraft besitzt, kann ihn

der Unternehmer gebrauchen. Wird er aber alt und krank, hat er seine Gesundheit dem Unternehmen geopfert, dann ist er für den Unternehmer „ein unbrauchbar gewordenes Betriebsmittel“, das „ausrangiert“ und zum „alten Eisen geworfen“ wird. Wenn auch nicht immer, so ist es doch vielfach so. Und dabei jammern und schimpfen die Unternehmer noch über die Beiträge für die Arbeiterversicherung, die doch nur einen ganz verschwindend kleinen Entgelt dafür darstellen, daß sie den Arbeiter bis zum vollen Verbrauch seiner Kräfte ohne genügende und gerechte Bezahlung ausnützen.

„Und folgst du nicht willig . . .“

Zwischen der Deutschen Tuchkonvention und den in der Interessengemeinschaft Deutscher Tuchgroßabnehmer vereinigten Verbänden ist bekanntlich vor einiger Zeit ein Kartellvertrag zustande gekommen. Ueber die Wirkungen dieses Kartellvertrages teilt der Arbeitgeberverband der Herren- und Knabenkleiderfabrikanten Deutschlands folgendes mit:

„Infolge dieses Schutzbündnisses sind die noch außenstehenden Tuchfabrikanten gezwungen, sich der Deutschen Tuchkonvention e. V. anzuschließen, wollen sie nicht von dem geschäftlichen Verkehr mit den Mitgliedern der vorgenannten, in der Interessengemeinschaft Deutscher Tuchgroßabnehmer vereinigten Verbände ausgeschlossen werden. Auch diejenigen Tuchgroßhändler, Versender und Kleiderfabrikanten, die heute noch den Vereinigungen ihrer Berufskollegen fernstehen, werden sich den für sie in Betracht kommenden Organisationen als Mitglieder anschließen müssen, denn das Kartellverhältnis steht neben der Schließung der Reihen der Tuchfabrikanten auch die Schließung der Reihen der Tuchgroßhändler vor, und zwar letztere zunächst durch eine angemessene Differenzierung der Außenleiter durch die Deutsche Tuchkonvention e. V. und notfalls durch eine Sperre.

Wenn die kartellierten Verbände auch von dem Wunsche befehle sind, den Anschluß ihrer Außenleiter zunächst auf gutlichem Wege anzustreben, so sind sie dennoch fest entschlossen, von dem ihnen auf Grund des Kartellvertrages zustehenden schärferen Mittel der Sperre Gebrauch zu machen, wenn freundschaftliche Vorstellungen bei ihren Außenleitern ungehört verhallen sollten.

Der leitende Gedanke dieses Kartellverhältnisses ist, in Zukunft Kämpfe innerhalb der Deutschen Tuchindustrie zu vermeiden und in gemeinsamer Arbeit eine Gesundung des Tuchgeschäftes herbeizuführen. Die Organisationen können selbstverständlich nicht zugeben, daß der Erfolg ihrer gemeinsamen Arbeit nun auch solchen Firmen zuteil wird, die sich weder an den Arbeiten noch an den Opfern zur Erreichung dieses Zieles beteiligt haben, und sie verlangen daher mit Fug und Recht, daß diese Eigenbrötler zu den Vorteilen, die sie mühelos ernten, auch die Pflichten und Lasten übernehmen, die sich ihre Kollegen freiwillig auferlegt haben.

Seit Abschluß des vorerwähnten Kartellvertrages sind bereits eine Reihe von Außenleitern ihren Berufsorganisationen beigetreten, und es ist zu hoffen, daß auch die wenigen Außenleiter, die sich bis heute noch nicht den für sie in Betracht kommenden Organisationen angeschlossen haben, ihren Beitritt ehestens erklären werden.

Also die Tuchfabrikanten müssen sich der Tuchkonvention, d. h. der Vereinigung der Tuchfabrikanten anschließen, wenn sie Konkurrenz haben wollen und die Tuchabnehmer werden ebenfalls gezwungen, der für sie bestehenden Interessengemeinschaft beizutreten, wenn sie Tuch beziehen wollen. Im Falle der Weigerung wird gegen die Außenleiter von dem im Kartellvertrag vorgesehenen schärferen Mittel der Sperre Gebrauch gemacht. Die Scharfmacher aber bleiben kumm. Keinem von ihnen fällt es ein, gegenüber diesem Terrorismus nach einem verächtlichen „Schutz der Arbeitswilligen“ zu rufen.

Man verstehe uns nicht falsch. Wir wissen die Bestrebungen sowohl der Tuchfabrikanten als auch der Tuchabnehmer nach einer Gesundung des Tuchgewerbes zu würdigen. Wir finden es auch verständlich, wenn beide Teile nicht zugeben wollen, daß der Erfolg ihrer gemeinsamen Arbeit nun auch solchen Firmen zuteil wird, die sich weder an den Arbeiten noch an den Opfern zur Erreichung dieses Zieles beteiligt haben. Aber warum denn die Aufregung, wenn die Arbeiter das selbe tun? Wenn sie nicht gewillt sind, den Unorganisierten dauernd die Kastanien aus dem Feuer zu holen? Der Arbeiter strebt doch auch mit demselben Recht nach einer Gesundung seiner Verhältnisse. Bei ihm zu verurteilen, was man beim Unternehmer billigt, kommt einer Moral mit doppeltem Boden gleich.

Deutsche und holländische Fachabteilungen.

Der „Berliner“ „Arbeiter“ bringt in seiner Nummer vom 12. April einen Bericht über die Entwicklung der katholischen Gewerkschaften Hollands. Der Bericht ist angeblich dem „Arbeiter“ von dem Sekretariat der römisch-katholischen Berufsverbände der Niederlande zugehört worden, und zum Schluß heißt es darin, daß die katholisch organisierten Arbeiter der Niederlande ihre Augen nach ihren „deutschen Freunden richten, die gleich um arbeiten für das Wohl der Arbeiter“. Merkwürdig erscheint es uns, daß die Niederländer in den deutschen „Berlinern“ „ihre Freunde“ sehen, die „gleich sie für das Wohl der Arbeiter arbeiten“, denn es ist noch nicht lange her, da wir von einem maßgebenden Manne der niederländischen konfessionellen Berufsorganisationsbewegung einen Beweis dafür erhielten, daß die Holländer wenigstens damals in den deutschen „Berlinern“ noch nicht ihre Freunde sahen. Vielleicht ist die Zuneigung erst später eingetreten, nachdem die Anbrüderungsversuche nach einer anderen Richtung hin erfolglos geblieben und die maßlose Verdächtigung und Verleumdung der christlichen Gewerkschaften auch in den Niederlanden ihre Wirkung getan hat. Was an Unwahrheiten, Entstellungen

und direkten Abnehmern in der letzten Zeit in Holland über die christlichen Gewerkschaften Deutschlands verbreitet worden ist, war der Gipfel fanatischer und verlogener Kampfesart.

Es ist doch eine recht sonderbare Freundschaft, die da zwischen deutschen und holländischen Fachabteilungen bestehen soll. Nebenfalls schöpft sie ihre Kraft hauptsächlich aus der Feindschaft gegen die interkonfessionellen christlichen Berufsverbände. Denn zwischen den beiden „Freunden“ besteht doch nur in wenigen, dabei nicht einmal wesentlichen Punkten Übereinstimmung. Die holländische katholische Fachabteilung ist etwas ganz anderes als die deutsche, etwas ganz anderes ihrem Wesen, ihrer Verfassung und ihrem geschichtlichen Werdegange gemäß. Die holländischen Fachabteilungen haben bislang u. B. niemals das sozialwirtschaftliche System als der Weisheit Inbegriff betrachtet, mit dem unsere „Berliner“ die katholischen Arbeiter beglücken möchten, aber nicht können, weil die katholischen Arbeiter zu vernünftig denken. In Holland ist die konfessionelle Berufsorganisation wegen der politischen und religiösen Verhältnisse und der historischen Entwicklung der ganzen Arbeiterbewegung des Landes wenigstens zu verstehen, wenn auch nicht zu rechtfertigen, während sie in Deutschland auch in keinerlei Beziehung einen Rückhalt in tatsächlichen Verhältnissen hat.

Es wird dem Redakteur des „Berliner“ „Arbeiter“ jedenfalls eine große Ueberwindung gekostet haben, in dem Bericht die Zahlen über die Streikunterstützung der holländischen Fachabteilungen seinen Lesern bekannt zu geben. Was mag die friedfertigen Leser des „Arbeiter“ wohl für ein Gefühl beschließen haben, als sie lasen, daß ihre holländischen „Freunde“, die „gleich“ sie arbeiten für das Wohl der Arbeiter, sogar — der Herr verbe ihm ihre Sünden — streiken. In dem Programm der „Berliner“ heißt es: „Wir verwerfen alle Systeme, die die Arbeit zur Ware, das Recht zur Macht und Kampfesfrage herabdrücken wollen.“ Nach der Lehre der „Berliner“ verbieten mehrere päpstliche Kundgebungen den Streik, mehrere katholische Moraltheologen sollen ihn als unmoralisch und unerlaubt bezeichnet haben. Mindestens ist der Streik nach der Auffassung der „Berliner“ grundsätzlich zu verwerfen und nicht in der Lage, dem Wohle der Arbeiter zu dienen. Und nun nennen die „Berliner“ einen wirklichen und richtigen Streikverein, der „das Recht zur Macht und zur Kampfesfrage herabdrückt“, der sich über päpstliche Kundgebungen und katholische Moraltheologen frech hinwegsetzt, ihren Freund, der gleich sie „arbeitet für das Wohl der Arbeiter“.

Die holländischen katholischen Gewerkschaften werden gut tun, sich ihren „deutschen Freund“ gründlich anzusehen und recht vorsichtig mit ihm zu sein. Nebenfalls liegt es auch im Interesse einer gedeihlichen Gestaltung der gewerkschaftlichen Verhältnisse für die christlich gesinnten Arbeiter der Niederlande, wenn die holländischen Fachabteilungen jede Gemeinschaft mit den „Berlinern“ ablehnen.

Die Deutsche Vereinigung und wir.

Wir haben uns kürzlich mit den Ausführungen beschäftigt, die Graf Hoensbroech, der Führer der Deutschen Vereinigung, auf deren Tagung gegen die christlichen Gewerkschaften gemacht hat. Damals betonten

wir schon, daß die dort ausgesprochenen gehässigen Verleumdungen in direktem Widerspruch stehen mit dem Zweck der Vereinigung, der doch angeblich darin besteht, das Zusammenarbeiten der verschiedenen Konfessionen auf allen möglichen Gebieten zu fördern. Ueber die Motive, die Graf Hoensbroech zu seinen Angriffen auf die christlichen Gewerkschaften veranlassen, bringt nun die „Köln. Volksztg.“ (Nr. 363, 1914) folgende interessanten Ausführungen:

„Man sollte glauben, daß diese Deutsche Vereinigung die christlichen Gewerkschaften mit Freuden begrüßen und unterstützen würde, da in ihnen doch beide Konfessionen zusammenarbeiten: Aber nein. Auch bei der Deutschen Vereinigung stehen die christlichen Gewerkschaften unter denselben Ausnahmegesetzen wie bei den Integralen: sie dürfen nicht gebildet werden, und zwar vor allem auch deshalb nicht, weil sie nicht den päpstlichen Vorschriften in den Enzykliken Rerum novarum und Singulari quadam entsprechen. Das ist wohl das allerstärkste Stück: ausgerechnet die Deutsche Vereinigung als Bundesgenossin der „Berliner“ in der Verteidigung der Enzyklika Singulari quadam. Man sieht auch hier, wozu die Enzyklika von manchen Kreisen gebraucht wird: nur um aus antisozialen Instinkten die christlichen Gewerkschaften zu schädigen. Dagegen die Gelben: sie sind zwar interkonfessionell und werden gewiß ebensowenig wie die Deutsche Vereinigung selbst das vom Grafen Hoensbroech bei den christlichen Gewerkschaften so schmerzlich vermehrte „Bekenntnis zum positiven Christentum“ in ihr Programm aufnehmen — nichtdestoweniger: die „Gelben“ stehen nach Ansicht des Leiters der Deutschen Vereinigung der Enzyklika Singulari quadam viel näher und werden von der Deutschen Vereinigung mächtig gefördert. Möge man doch auch hier lieber offen und ehrlich sagen: Wir wollen die christlichen Gewerkschaften nicht, weil sie mit Nachdruck und Erfolg sich der Interessen der Arbeiter annehmen und dadurch den Arbeitgebern manchmal lästig fallen, die Gelben aber sind uns lieb und teuer, weil wir von ihnen niemals eine kräftige Vertretung der Arbeiterinteressen zu befürchten haben.“

Ganz unsere Ansicht. Auch wir sind der Ueberzeugung, daß die christlichen Gewerkschaften in manchen Kreisen, die sie heute ihres interkonfessionellen Charakters wegen scharf bekämpfen, sehr wohl gelitten wären, wenn sie nach dem Muster der „Gelben“ weniger entschieden für die Interessen der Arbeiter eintreten würden. Vielleicht daß es dann überhaupt nicht zur Gründung von Fachabteilungen Berliner Richtung gekommen wäre. Was alles kann uns selbstverständlich nicht veranlassen, von den bisher gegangenen Wegen irgendwie abzuweichen.

Im „Berliner“ Verbands

gährt es. Selbst aus den Domänen der Fachabteilungs-bewegung kommen Protestkundgebungen gegen die verderbliche und verabscheuungswürdige Taktik der führenden Personen von „Sitz Berlin“. Ganze Vereine haben ihren Austritt aus dem „Berliner“ Verbands beschlossen oder bereits durchgeführt. Nun trifft die „Berliner“ Leitung ein neuer Schlag, der von mehreren führenden katholischen Geistlichen Schlesiens kommt. Wie die „Schlesische Volkszeitung“ (Nr. 181, 1914) berichtet, hat eine Reihe Präsidien „Berliner“ Arbeitervereine dem „Berliner“ Verbandsvorsitz eine Erklärung übersandt, worin die Präsidien die Unterstützung und Förderung der Duettreier durch die „Berliner“ Zeitung und Sekretäre sowie den Abstimmungsmodus auf den Dele-

tiertentagen beurteilen. Zum Schluß werden folgende Forderungen an die „Berliner“ Zeitung gestellt:

„1. Der Verbandsvorsitz erklärt im „Arbeiter“, daß er die durch den Grafen Hoensbroech und Warrer Heborowsky hervorgerufene, den Katholizismus schwer schädigende Bewegung bebauert und mißbilligt. 2. Der Verbandsvorsitz verbietet bei Strafe der sofortigen Entlassung den Sekretären durch ein im „Arbeiter“ zu publizierendes Schreiben, sich noch weiter im Sinne der unter 1 genannten Bestrebungen zu betätigen. 3. Der Verbandsvorsitz verbietet, daß im „Arbeiter“ die Zentrumsprelle in Zukunft bekämpft wird. Sollte innerhalb dreier Wochen die Zustimmung des Verbandsvorsitzes zu diesen Forderungen zu Händen eines der drei zuerst Unterzeichneten nicht erfolgt sein, so nehmen wir an, daß der Verbandsvorsitz nicht willens ist, unseren Wünschen Rechnung zu tragen.“

Diese Entschließung läßt an Deutlichkeit in bezug auf Form und Inhalt nichts zu wünschen übrig. Sie ist von über 100 Geistlichen, meist Pfarrern, aus den verschiedensten Orten der Diözese Breslau, hauptsächlich aber aus Breslau selbst, unterzeichnet.

In einer recht merkwürdigen Art versuchen nun einige „Berliner“ Drahtzieher, diese Kundgebung in ihrer Bedeutung und Wirkung abzuschwächen. Wie die „Neisser Zeitung“ mitteilte, ist zahlreiche ober-schlesische Arbeitervereinspräsidien (Sitz Berlin) folgendes Schreiben zugegangen:

„Im Namen und Auftrag des hochwürdigsten Herrn Kapitularklars von Breslau teile ich Ew. Hochwürden mit, daß er mit aller Entschiedenheit verlangt, daß die katholischen Arbeitervereine der Diözese Breslau genau nach den Intentionen und den ausdrücklichen Weisungen des vereinigten Kardinals Kopf nach wie vor in Vereinigung mit dem Berliner Verbands geleitet werden müssen.“

Die „Neisser Zeitung“ hat darauf laut „Schlesischer Volkszeitung“ vom Kapitularklar der Diözese Breslau folgende Richtigstellung erhalten:

„Zu der Mitteilung der „Neisser Zeitung“ Dienstag, 28. April 1914, Seite 2 bemerke ich, daß ich nie eine solche Verfügung erlassen habe. Breslau, 28. April. Klose, Kapitularklar.“

Auch folgendes Vorkommnis wirft ein scharfes Licht auf die trostlosen Verhältnisse im „Berliner“ Verbands. Um einen neuen Vorstoß in Lothringen vorzubereiten, hatten kürzlich die „Berliner“ Führer St. Journelle und die Arbeitersekretäre Kohnmann und Kölich die Geistlichkeit mehrerer lothringischer Gemeinden zu einer Konferenz eingeladen. Der Einladung waren jedoch nur zwei bis drei Geistliche gefolgt, und diese waren auch nur aus Neugier erschienen. Die Konferenz fiel dadurch gänzlich ins Wasser. Nachträglich protestierte der Bischof von Metz gegen die Konferenz. St. Journelle wäre nämlich als diözesanfremder Geistlicher verpflichtet gewesen, beim zuständigen Bischof die Erlaubnis für die Konferenz einzuholen. Das hatte er aber aus guten Gründen unterlassen. Somit benehmen sich die „Berliner“ Herren als die einzigen und wahren Hüter der bischöflichen Autorität, wenn es aber nicht in ihren Kram paßt, handeln sie in direkt entgegengesetztem Sinne. Ja, der Bischof ist uns gut, wenn er unseren Willen tut.

Klassende Gegenätze.

Gewerkschaftsarbeit ist praktische Gegenwartarbeit, die stets auf das Nächstliegende und Erreichbare gerichtet ist. Sie setzt Ausdauer, Zähigkeit und einen Einblick in

Arbeiterinnenagitation.

Von Kollegin Maria Hahn-Barmen.

Eine Schülerfahrt möchte ich meine heutige Agitations-tätigkeit nennen. Wir hatten uns nämlich für den 1. n Tag der eigens angelegten Werbeweche die Mithilfe einer beamteten Kollegin gesichert. Und ich hatte die selbstsüchtige Absicht, dabei einmal ihre Taktik bei der Anwerbung neuer Mitglieder kennen zu lernen. Lodmüde schritt ich zur späten Stunde heim. Wir hatten den ganzen Tag gearbeitet und — „Fünf“ — gefangen. Gefangen nicht, — überzeugt, geworden, dank der Redegewandtheit und Ausdauer meiner Kollegin. Ja, diese Ausdauer meiner Gefährtin, — aber da sehe ich, wie sie mich ganz vorwurfsvoll ansieht — ja so, ich soll ja nicht so viel von ihr sagen, ich habe also nichts gesagt.

Ob das Lillipuppen Wandervogel, mit Zupfgeige und Feldstecher, an dem wir abends vorbeizogen, auch so müde und zufrieden war wie wir? Auf den Straßen drängten sich vor den Restaurants frohe Sonntagsgäste. Aus den Kinobühnen strömten schaulustige Scharen. Ich schritt die stillere Straße bergan, die heimführte, sie glänzte nah im Laternen-schein, ich sammelte dem Tage der Arbeit nach, der ein Sonntag war und jammerte die Worte des Liedes, das wir soeben im Arbeiterinnenverein gehört hatten: „Es gab so viel zu schauen.“

Bei herrlichem Palmsonntagwetter sind wir heute durch die Morgenfrühe gegangen.

Gleich bei der ersten Arbeiterin hatten wir Erfolg. Es war bereits dort vorgearbeitet worden. Sie sah den Nutzen der Organisation ein, nur der Widerstand der Mutter war noch zu besiegen.

Und das hat meine Kollegin gründlich besorgt. Jetzt weiß ich auch, warum man in der Zeitung so oft rede-gewandte Leute sucht.

Und diese Diplomatie! Liebenswürdig lobte sie ein paar alte Stahlfische, die Begebenheiten aus dem Leben Maria Stuaris darstellten.

Da ging über die Züge der alten Frau, die eben noch über die Härte des Lebens gesprochen, ein verjüngtes Lächeln, halb im Selbstgespräch gedachte sie einer ferneren Zeit.

Ein paar Häuser weiter trafen wir die geschäftige Hausfrau am Herd. Ihr erwachsener Sohn rüfete sich zum Kirchgang, und echt mütterlich drängte sie, daß er nicht zu spät käme. Er aber sprach dafür, daß seine Schwester, der unser Besuch galt, der Gewerkschaft beitrete. Leider war das Mädchen nicht zu Hause.

Die Mutter fand das nicht so nötig. Für Mädchen habe das doch gar keinen Zweck meinte sie. Zudem arbeite ihre

Lochter bei einer Musterfirma, die ihren Arbeitern nur Liebes erweise, die sogar alte, gebrechliche Leute, die man bei anderen Firmen entlassen habe, für die geringste Arbeits-leistung hoch entlohne.

Die Kollegin zog bei dieser Bemerkung kritisch die Augenbraunen hoch.

„Ihre Söhne“, fuhr die Frau fort, „die seien freilich alle organisiert und zwar christlich, und sie freue sich dessen, seit sie von den Soldaten zurück seien, wären sie lange nicht mehr so religiös gesinnt, aber sie bete und bitte, daß sei ja ihre Mutterpflicht.“

Und meine Kollegin appellierte warm an der Mutterpflichten liebe Sorgen und das Resultat war — eine Aufnahme.

„Sines aber ist's, was ich nicht verstehe“, sagte die Frau beim Abschied, „ich habe eine Nachbarin, die den Anspruch auf Frömmigkeit macht, und sie geht in den sozialdemokratischen Konsum einkaufen.“

„Und sie ist nicht die einzige. Neulich habe ich ihr deswegen Vorhaltungen gemacht, wissen Sie, was sie mir geant-wortet hat?“

„Sie gehen doch zu Juden kaufen, die unseren Herrn gekostet haben, da sind mir doch die Sozial lieber!“

„Da stand ich arme Frau wie geschlagen.“

Daß die Weltanschauung der Genossen der Gottheit überhaupt das Dasein abspricht, daran dachten beide Frauen nicht.

Einer kleinen armen Hütte galt unser nächster Besuch. Oben, über der knarrenden Stiege, im niedrigen Stübchen, beugte sich ein dunkler Mädchenkopf über Großmutter's Hand-postille.

Das Mädchen war schon einmal Mitglied gewesen. Um dem fortwährenden Drängen der Genossen an der Arbeits-stelle, in ihre Gewerkschaft einzutreten, zu entgegen, hatte es sich christlich organisiert, war aber wieder ausgetreten, weil — ihr die Krankenunterstützung zu gering schien.

„Und ich trete auch nicht wieder bei und Großmutter will es erst recht nicht. Die Genossen auf der neuen Stelle werden mit mir nicht fertig, ich fertige sie schon gründlich ab,“ sagte das Mädchen mit blühenden Augen.

Natürlich hätte meine Kollegin die kampfmütige Maid gern gewonnen, aber der Trostlopf wollte nicht.

Auf der folgenden Stelle war der Empfang nicht gerade sehr herzlich zu nennen.

Der Vater des Mädchens, dem unser Besuch galt, war seines Zeichens Zugführer und rüfete sich eben zur Fahrt. Wenn er seine Tochter organisieren wolle, besorge er das schon an der richtigen Stelle.

Wer wir denn überhaupt seien? Es kämen so viele Schwindler. Gewarnt würde man doch genug.

„Und die Menschen sind so schlecht“, seufzerte jammernad die bessere Hälfte.

„Was wollen Sie denn noch“, donnerte der Mann im Staatskleide, „wer sagt mir denn, daß Sie auch von der christlichen Gewerkschaft kommen?“

Seine Vorsicht war durchaus am Platze, wir konnten ja eben so gut Anarchistinnen, Wahlweiber, Suffragetten sein. Vielleicht war unser Aussehen darnach.

Ich hatte Herzklappen vor Meger, meine Kollegin aber machte durchaus keine Anstalten zum Gehen, sondern, mit befrickender Lebenswürdigkeit legte sie dem Meister des gefüllten Nades die Leistung der Gewerkschaft dar.

Als sie aber an das Kapitel Arbeitslosenunterstützung kam, der Herr brachte eben seine behäbige Fülle in seinem Mantel unter, eben beinahe hätte er nun einen der gold-blühenden Knöpfe abgerissen, als er ihr zornig ins Wort fiel: „Arbeitslosenunterstützung? ja, doch das ist das Richtige. Ich unterstütze keine Faulpelze, wer Arbeit will, findet sie auch.“

Die Stimme meiner Gefährtin klang dunkler und sanft, als sie dem aufgeregten Manne entgegnete:

„Wir hatten in der letzten Zeit in der Textilbranche eine Menge Arbeitsloser, die gern gearbeitet hätten, aber keine Beschäftigung fanden.“

Darauf wußte der wohlbestellte Herr Staatsbeamte nun nichts zu sagen. Grußlos verschwand er.

„Was sagen Sie denn zur Gewerkschaftsfrage, liebe Frau?“ wandte sich meine Kollegin nun an diese.

„Nichts sage ich“, klang es brummig aus dem Neben-zimmer, dessen Tür unsanft ins Schloß fiel.

Meine unterstrockene Begleiterin fühlte sich noch immer nicht entlassen. Und ihre Lammesgebild mußte Eindruck gemacht haben, als die Frau wieder eintrat, bot sie uns freundlich zwei Stühle an.

Und nun war das Band ihrer Zunge gelöst und, wohl unter dem Empfinden des Weberischen Wortes stehend, „nur Frauenherzen können Frauenharn verstehen“, erzählte sie uns „niederhörte“ Dinge über unzulässige Nachbarninnen und Waschteller- und Speichergeschichten.

„Aber nun, wie ist es mit dem Eintritt in die Gewerkschaft?“ fragte die Kollegin das inzwischen heimgekommene Lächelchen, nachdem sie die gequälte Frau getröstet hatte.

Das Mädchen war unschlüssig und die Mutter sagte: „Ich erspare ihr jede Woche etwas, die Gewerkschaft gibt doch nichts für die Aussteuer.“

Was meine ausdauernde Kollegin auch noch reden mochte, sie mußten es eher mit Papa überlegen und das Mädchen sollte mir kommenden Sonntag das Resultat mit-teilen.

(Schluß folgt.)

die gewerkschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse und Möglichkeiten voraus. Nur schrittweise kann die Arbeiterschaft vorwärts und aufwärts schreiten, und die großen gewerkschaftlichen Erfolge setzen sich zusammen aus einer langen Kette kleiner Teilerfolge, die nur durch Zähigkeit und ausdauernde Kleinarbeit erreicht werden konnten. Die radikale Sozialdemokratie dagegen lebt nur von der Phrase und dem Schlagwort von Klassenkampf und Klassenhaß, vom revolutionären, auf das „große Endziel“ gerichteten Sinne der Massen. Da Klassen tiefe Gegensätze zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaft. Das kommt wieder umherhohlen zum Ausdruck in einer Polemik, die die Leipziger Volkszeitung gegen einen Artikel führt, den Genosse Wolbt in der „Neuen Zeit“ veröffentlicht hat.

Wolbt schildert darin die Entwicklung der Verhältnisse im Wirtschafts- und Gewerkschaftsleben und kommt zu dem Schluß, daß die Gewerkschaften mehr denn je an der Schulung ihrer Mitglieder arbeiten müßten. Darauf antwortet nun die „Leipziger Volkszeitung“ in ihrer Nummer vom 18. April u. a. folgendes:

„Es kommt vor allem auf die Massen an, nicht auf die Gefügigkeit und Botmäßigkeit, sondern umgekehrt auf ihre Kampfernergie. Die so oft empfohlene „gewerkschaftliche Schulung“ der Massen käme darauf hinaus, daß diese weniger eigenständig ihre Initiative betätigen, sich als Material von den Führern nach deren Strategie schieben lassen und namentlich nicht immer zum Kampfe drängen, sondern einsehen sollen, daß man mit dem Möglichen fürlieb nehmen muß. Zweifellos würde damit das Leben der Gewerkschaftsführer viel weniger schwierig sein. Aber die Kraft der Arbeiterbewegung würde damit nicht gestärkt, sondern umgekehrt geschwächt werden. Was die Arbeiterbewegung braucht, ist gerade das Entgegengesetzte: mehr Selbstständigkeit, mehr Initiative, stärkeres Vorwärtsdrängen, mehr revolutionäre Energie der Massen...“

Die Massen müßten mehr Theorie haben, eine Theorie nämlich, die das Ganze des Klassenkampfes beleuchtet, die daher auch keine Theorie ist, sondern die Grundlage zur revolutionären Praxis des Proletariats bildet.“

Also nicht Ordnung, Disziplin, Unterordnung der einzelnen Belegschaft unter die Gesamtheit, nicht Anerkennung und genaue und gewissenhafte Befolgung der von der Gesamtheit der Mitglieder festgesetzten Verbandsauftragungen, nicht Anerkennung und Vertrauen zu den von den Mitgliedern selbst gewählten, für die Geschicke des Verbandes und seiner Mitglieder verantwortlichen Verbandsbeamten, nicht Rücksichtnahme auf das Gesamte und auf das Mögliche und Erreichbare — nein, das alles würde die Arbeiterbewegung schwächen. Die Arbeiterbewegung braucht in allen Punkten gerade das Entgegengesetzte.

Wer derartige Gedanken vertritt, macht sich zum Totengräber der Gewerkschaftsbewegung, der unterbindet der Arbeiterschaft den Aufstieg zu besseren sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen. Hier klafft eine große Kluft zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaftsarbeit. Aber dennoch sind Partei und Gewerkschaften eins: Auf Kosten der Gewerkschaften!

Nackter Egoismus, keine Solidarität.

Die politische und gewerkschaftliche Sozialdemokratie vertritt das Programm der allgemeinen Arbeiterverbündung; sie will die Arbeitersolidarität in Erbpacht genommen haben. Die christlich organisierte Arbeiterschaft hat die sozialdemokratische Auffassung von Arbeiterverbündung und Arbeitersolidarität allerdings sehr häufig in einer recht eigenartigen Weise zu fühlen bekommen. Daß aber diese Tugenden auch unter den Genossen selbst längst nicht immer geübt werden, geht hervor aus einer beweglichen Klage, die ein bayerischer Genosse in Nr. 17 des Korrespondenzblattes der Generalkommission erhebt.

In einer bayerischen Industriestadt hatte die Wirtschaftskrise außerordentlich große Not und Armut hervorgerufen. Die Sozialdemokratie hat in dem betr. Stadtparlament einen großen Einfluß, und sie erreichte, daß Notstandsarbeiten freigegeben wurden, aber nur für die heimischen Arbeiter.

„Die Folgen dieses Beschlusses“, so heißt es im „Korrespondenzblatt“, „ließen bei der Eigenart der geographischen Zusammenfassung dieser Industriedomäne nicht lange auf sich warten. Eine ganze Anzahl ländlicher Orte gehören politisch und verkehrstechnisch sehr stark zu der fraglichen Industriestadt. Die in diesen Orten ansässige Arbeiterschaft sucht ausschließlich ihre Beschäftigung in der Stadt. Ja die meisten von ihnen haben sich aus der Stadt auf diesen umliegenden Orte niedergelassen, um an Miete etwas zu sparen. Diese Arbeiter sind fast ausschließlich gewerkschaftlich, zum größten Teil auch politisch organisiert, sie sind mit den städtischen Kollegen und Genossen in fester Verbindung, da sie ihre Beiträge für beide Organisationen in die Zentrale der Stadt entrichten. Diese Kollegen und Genossen sollten aber nun durch den Beschluß der Kommuneverwaltung von der Anteilnahme des bis dahin geschaffenen Arbeitsgelegenheit ausgeschlossen werden. Die organisierten Kollegen der Stadt bestanden darauf, daß dies geschah, und wo sich ein solcher Kollege auf der Arbeitsstelle solcher Arbeiten bliden ließ, ging der Teufel los.“

Doch dabei blieb es noch gar nicht. „Der Appetit kommt gewöhnlich beim Essen.“

In der gleichen Industriestadt besteht eine Baugenossenschaft, deren Mitgliedschaft sich aus Arbeitern rekrutiert. Zur Zeit führt diese Baugenossenschaft 15 Einfamilienhäuserbauten aus. Sofort verlangten die organisierten Arbeiter, die in der Stadt heimatsberechtigt sind, daß sie bei diesen Arbeiten den Vorrang haben müßten. Dieser Kampf um Arbeit und Brot, den hier die Kollegen unter sich führen, ist sogar soweit gediehen, daß eine Branchensektion sich in einer ihrer letzten Zusammenkünfte mit einem Protest befaßte, der sich gegen die Arbeiterbaugenossenschaft richtete, weil diese ihre Solzarbeiten einem einzigen, und dazu noch einem anderen Unternehmer übertragen hat als

den, den einige Kollegen gemollt, damit sie und nicht andere Kollegen Arbeit erhalten hätten. Gewiß eine sonderbare Art gewerkschaftlicher Betätigung, wenn die Arbeiter die Interessen der Unternehmer wahren, damit sie und nicht andere Brot und Arbeit haben.“

Wohin müßte es führen, wenn solche Rücksprünge weiter um sich greifen sollten, fragt der Einsender im „Korrespondenzblatt“. Die ganze Solidarität dieser Kollegen schrumpft hier in den Grundfaß des nackten Egoismus zusammen, der sagt: „Wenn nur ich habe.“ Die Basis müßte den Aufbau unserer großen starken Arbeiterbewegung: „Einer für alle und alle für einen“ müßte durch solche Machinationen empfindlichen Schaden nehmen.

Wir glauben, daß dieser Grundfaß praktischer Nächstenliebe am allerwenigsten im sozialdemokratischen Arbeiterlager anzutreffen ist. Wie könnte es auch? Die Tugenden sozialer Hilfsbereitschaft müßten auch der Arbeiterschaft anezogen werden. Nicht jeder Arbeiter denkt und handelt wirklich sozial und solidarisch, der sich gewerkschaftlich oder politisch organisiert. Da muß eine ernste Herzens- und Willensberziehung geleistet werden. Hat das denn die Sozialdemokratie getan? Mit nichten. Es ist nicht damit getan, die schönen Worte im Programm oder im Munde zu führen. Kann denn die Sozialdemokratie überhaupt wirkliche soziale Gesinnung erziehen? Nein. Dazu fehlt ihr die Kraftquelle des Christentums. Wer dem nackten Materialismus huldigt, muß seine Anhänger zu Egoisten machen.

Religion ist Privatsache.

Die „Gleichheit“, das sozialdemokratische Frauenorgan, bringt in Nr. 16, 1914 einen „Kirche und Schule“ überschriebenen Artikel, den sie einer im Revolutionsjahr 1848 in Köln erschienenen „Frauenzeitung“ entnommen hat. Der Artikel findet trotz seiner religionsfeindlichen Tendenz den vollen Beifall der „Gleichheit“. Er wendet sich gegen den Religionsunterricht in der Schule, von dem gesagt wird, es sei das allergrößte Unglück für den Unterricht, daß die Kinder viel zu früh mit Dingen befaßt werden, wo sie nichts davon verstehen und nichts verstehen können, daß sie komplett abgerichtet werden wie die Hunde, daß sie geradezu dum und zu Lügnern und Heuchlern gemacht werden.“ Von den Geistlichen wird gesagt, sie wollten die Schulaufsicht, daß sie die Menschen dum halten könnten und die große Macht, die sie hätten, nicht verlore. Zum Schluß heißt es in geschmackvollem Tone:

„Die Pfaffen sind ein hartnäckiges Volk, grad wie die preussischen Beamten, und sie wollen die Menschen von der Wiege bis zum Grabe regieren und beherrschen, wie sie's von Ewigkeit her getan haben. Nicht alle sind so, aber die meisten. Seht sie euch nur recht genau an und lest es in ordentlich (!) D. Red. der „Textilarb.-Ztg.“ Büchern nach, wie sie's in der Welt getrieben haben.“

Die Abgeordneten in Berlin und Frankfurt werden auf jeden Fall beschließen, daß die Schule von der Kirche getrennt werden soll, das heißt, daß die Pfaffen nicht mehr damit zu schaffen haben sollen. Darüber sind sie jetzt in Todesangst und schicken Petitionen über Petitionen nach Berlin und Frankfurt gegen die Trennung der Schule von der Kirche. Die meisten Petitionen von dieser Art sind von den evangelischen Pfaffen in Sachsen und von den katholischen im Bistum Trier und im Bistum Osnabrück gemacht, besonders auf dem Lande, und die armen Bauern haben alle unterschreiben müssen. Ich rate euch, laßt keine Ras' im Gesicht; seht euch alles recht ordentlich an und überlegt's mit gesundem Menschenverstand, auch wenn's von den Pfaffen kommt.“

Dieses Zitat spricht für sich selbst, wir können uns eines jeden Kommentars enthalten. Der Umstand, daß die „Gleichheit“ den Artikel zu seinem Ende abdruckt, kennzeichnet ihre Stellung zu religiösen Dingen zur Genüge. Und dieses Blatt wird im sozialdemokratischen Textilarbeiter-Verband den weiblichen Mitgliedern von Verbänden zugestellt?

Der Kampf um das Koalitionsrecht

bei der Wisquitfabrik „Holland“ zieht sich nun bereits in die sechste Woche hinein. Der Kampf steht aber nach wie vor günstig für die Arbeiter, ist es doch ständig gelungen, den Betrieb von brauchbaren Arbeitskräften freizuhalten. Im Betriebe sind jetzt so gut wie nur schuldenfreie Kinder tätig.

Bekanntlich ist über die Firma der Boykott verhängt und ist es unbedingt notwendig, daß die Produkte der Firma (Kor Popjes, Kor Wisquits) seitens der Arbeiter zurückgewiesen werden. In den Hauptabnehmern der Firma „Holland“ gehören insbesondere die Warenhäuser von Diek und von Wertheim.

Kollegen, unterstützt allenthalben die kämpfenden Arbeiter, bis die Firma das Koalitionsrecht freigegeben hat.

Arbeiter in der Gewerbeaufsicht.

Im Jahresbericht der Hessischen Gewerbeinspektion für 1913 findet sich eine Würdigung der Tätigkeit der aus der Arbeiterschaft hervorgegangenen Gehilfen der Gewerbeaufsicht, die Beachtung verdient. Es heißt da:

„Nach wie vor leisten hierbei die Gehilfen aus dem Arbeiterstand insofern gute Dienste, als sie durch selbständige oder in Gemeinschaft mit den ordentlichen Polizeibeamten vorgenommene Revisionen zur Durchführung des Rinderschutzgesetzes, der Bauarbeiterchutzverordnung, der Bäckerverordnungen usw. die Gewerbeinspektoren von der immer umfangreicher werdenden Arbeit entlasten. In Uebereinstimmung mit dahingehenden Beschlüssen der Landstände hat daher die Groß. Regierung die definitive Anstellung der Gewerbeinspektionsgehilfen nach einer einwandfreien 5-jährigen Verwendungsdienstzeit im Entwurf des Staatsvoranschlags für 1914 in Aussicht genommen.“

Jedermann wird sich freuen, schreibt dazu die „Soziale Praxis“, daß die Erwartungen, die man auf die Beamten aus dem Arbeiterstand setzte, sich so gut erfüllen. Angeht's der organisatorischen und verwaltungsgewerkschaftlichen Tätigkeit, die viele Arbeiter in ihren eigenen Schöpfungen, den Verbänden und Genossenschaften, entfalten, konnte allerdings kaum ein Zweifel an der Brauchbarkeit und Leistungsfähigkeit der Arbeiterbeamten bestehen. Objektivität und unbefangene Gerechtigkeit aber in der Behandlung der sozialhygienischen Fragen und der damit verknüpften Interessenzwiste finden und festigen sich im Laufe der Tätigkeit meist ganz von selber. Man sollte den Arbeitern überhaupt, nicht bloß in der Gewerbeaufsicht, sondern auch auf anderen kulturpolitischen Verwaltungsgebieten mehr Gelegenheit zur Entfaltung ihrer gemeinnützigen Talente und Kenntnisse im Dienste der Gesamtheit geben. Das würde zur besseren Fühlung zwischen Behörde und Arbeiterstand segensreich beitragen.

Die „gemeinnützige deutsche Volksversicherung“

hat am 1. April in München, Schwantalerstr. 68, eine Hauptgeschäftsstelle für das Königreich Bayern errichtet. Diese Einrichtung ist erforderlich gewesen, weil sich zur Mitarbeit an den gemeinnützigen Bestrebungen der D. V. inzwischen ein großer Teil bedeutender, bayerischer Volks- und Wirtschaftsorganisationen verpflichtet haben. Angeschlossen sind große Bauern- und Handwerkervereinigungen und der größte Teil der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Die Geschäftsstelle hat die Aufgabe, alle Verbände und Vereinigungen, welche sich zur Mitarbeit an der D. V. verpflichtet haben, bei der Durchführung der Volksversicherung zu unterstützen. Darüber hinaus wird auch noch eine eigene Organisation geschaffen, um die Vorteile der gemeinnützigen Versicherung weiteren Volksteilen zu bieten.

Die Leitung der bayerischen Geschäftsstelle wurde den Herren Dr. Messing und dem früheren Gewerkschaftssekretär Rud. Schwarzer übertragen. Die bayerischen Gewerkschaftskollegen eruchen wir, die getroffene Einrichtung der Volksversicherung jederzeit benutzen zu wollen.

Die Reaktion auf Schleichwegen.

In Nr. 11 unserer Zeitung haben wir dargelegt, daß ein Unternehmer, wenn er die in einer Submmission übernommenen Arbeiten infolge eines Streiks seiner Arbeiter überhaupt nicht oder nicht rechtzeitig herstellen kann, sich in der Mehrzahl der Fälle nicht darauf berufen kann, er verjähle den Streik nicht. Infolgedessen fanden wir es vom Standpunkt der Unternehmer aus für verständlich, daß sie in das geplante Submissionsgesetz eine Bestimmung hineinschmuggeln wollen, durch die sie die Folgen eines von ihnen nach ihrer Ansicht nicht verschuldeten Streiks von sich abwälzen wollten. Diesen Zweck würden sie aber mit der fraglichen Bestimmung wohl kaum erreichen, denn fast ausnahmslos verschuldet der Unternehmer den Streik.

Um dieses zu erkennen, muß man sich zunächst von der Auffassung des Laien trennen, der mit dem Begriff „Verschulden“ immer etwas unethisches, schlechtes, unmoralisches oder dergleichen verbindet. Mit derartigen Dingen hat der Begriff „Verschulden“, wie ihn der Gesetzgeber verwendet, nichts zu tun.

Der Gesetzgeber kennt zwei Formen des Verschuldens. Die erste ist der Vorsatz. Schuldhaft handelt also jemand, der vorsätzlich etwas tut; vorsätzlich aber handelt der, welcher im Augenblick der Tat die Folgen der Tat schon voraussieht. Wer mit dem Messer auf jemand lossticht, weiß, daß er ihn verletzen wird; er verletzt ihn also vorsätzlich und daher verschuldet.

Die zweite Form des Verschuldens ist die Fahrlässigkeit. Fahrlässig handelt der, welcher im Augenblicke der Tat deren Folgen noch nicht voraussieht, sie aber voraussehen würde, wenn er so sorgfältig alles überlegte und bedächte, wie man es von einem vernünftigen Menschen verlangt. Wer in der Dunkelheit auf der Dorfstraße schießt und einen Menschen erschießt, den er nicht gesehen hatte, der tötet zwar nicht vorsätzlich, denn er wußte ja nicht, daß er jemand treffen würde, aber er tötet fahrlässig, denn als vernünftiger Mensch hätte er sich sagen müssen, daß sehr leicht auf der Straße irgend ein Mensch sein und von ihm getroffen werden könnte.

Uebrigens wir nun diese Erkenntnis auf den Streik! Kommt eine Abordnung der Arbeiter zu dem Unternehmer und bringt Forderungen der Arbeiter vor mit der Erklärung, die Arbeiter würden bei Nichtbewilligung der Forderungen in den Streik eintreten, so weiß der Unternehmer, daß seine Ablehnung der Forderungen den Streik herbeiführen wird. Lehnt er trotzdem ab, so führt er den Streik vorsätzlich herbei, d. h. er verschuldet den Streik. Es kommt grundsätzlich gar nicht darauf an, ob die Forderungen der Arbeiter berechtigt oder unberechtigt, maßvoll oder übertrieben waren. Und ähnlich liegt die Sache, wenn der Unternehmer fahrlässig — das wird allerdings kaum vorkommen — den Streik herbeiführt. In allen Fällen aber, in denen der Unternehmer den Streik durch sein Verschulden herbeiführt, muß er seinem Besteller gegenüber die Folgen des Streiks selber tragen.

Das müßte nach dem Wortlaut unseres Gesetzes (§ 276 BGB.) uneingeschränkt gelten; tatsächlich sind aber Rechtswissenschaft und Rechtsprechung zu einer gewissen Einschränkung gekommen. Wenn jemand die Leistung, zu der er verpflichtet ist, deshalb nicht bewirken kann, weil sie ihm überhaupt oder zur Zeit unmöglich geworden ist, so soll er davon keinen Nachteil haben, wenn er die Unmöglichkeit nicht zu vertreten hat, d. h. sie nicht schuld-

hafter Weise herbeigeführt hat. Treten die Arbeiter eines Unternehmers also in einen Sympathiestreik oder in einen Streik mit politischen Zielen z. B. zur Erlangung eines bestimmten staatlichen Wahlrechtes ein, so wird der Unternehmer regelmäßig gar nicht in der Lage sein, diesen Streik durch Zugeständnisse abzuwenden oder zu beendigen. Wird es durch einen solchen Streik dem Unternehmer unmöglich, die übernommene Arbeit zu leisten, so darf man ihm daraus keinen Strick drehen; er verschuldet ja diesen Streik und die dadurch herbeigeführte Unmöglichkeit nicht. Anders aber, wenn der Unternehmer durch Zugeständnisse den Streik, der ihm die Leistung unmöglich macht, hätte abwenden können. Dann soll (vergl. Entscheidung des Reichsgerichts, Bd. 57, S. 118 und Bd. 65, S. 34) eine von dem Unternehmer nicht zu vertretende Unmöglichkeit vorliegen, wenn ihm die Abwendung oder Beendigung des Streiks nur mit so außerordentlich großen Schwierigkeiten, insbesondere mit so hohen Geldopfern möglich wäre, daß der durch Nichtbringung dieser Opfer herbeigeführte Streik nach der Ansicht des Verkäufers der unverschuldeten Unmöglichkeit gleich zu achten sind. Mit dieser Auffassung stimmt die Rechtsprechung den juristischen Begriff des Verschuldens nicht um, sie bringt ihm gegenüber lediglich den Grundtatbestand von Treu und Glauben zur Geltung.

Nun will es uns scheinen, daß den Vätern der hier kritisierten Bestimmung des Submissionsgesetzentwurfes, als sie das Verschulden des Unternehmers in den Entwurf hineinbrachten, auch eine solche Erwägung und nicht der juristische Begriff des Verschuldens vor Augen geschwebt hat. Leute, die Gesetze machen wollen, müssen sich aber vor solchen Verwechslungen hüten! — Wir glauben aber kaum, daß ihnen auch bei einer solchen Auslegung der fraglichen Bestimmung die Rechtsprechung auf die Dauer große Freude machen würde; denn wohlverstanden! das Reichsgericht verlangt, daß ein Streik nur mit ganz außergewöhnlichen Schwierigkeiten oder durch Anwendung außergewöhnlicher Geldopfer abgewendet oder beigelegt werden könnte, wenn es eine unverschuldete Unmöglichkeit annimmt. Es hat in einer Reihe Entscheidungen ausgesprochen, daß die bloße Minderung des Gewinnes die Vergütung der Produktionskosten und dergl. als solche außergewöhnliche Schwierigkeiten und Opfer noch lange nicht betrachtet werden können. Wenn also Arbeiterforderungen abgelehnt werden, weil durch ihre Bewilligung die Dividende vielleicht von 20% auf 15% hinabgehen oder den Herren Aufsichtsräten die — vielfach auch so schmale! — Lohntieme gekürzt würde, so würden die Herren Unternehmer erfahren, daß das Recht doch noch keine Einrichtung zur ausschließlichen Wahrung ihrer Interessen ist. Und ob sie dann noch das große Interesse an der jetzt geplanten Regelung haben würden, ist uns recht zweifelhaft.

Wir fassen also nochmals kurz zusammen:

Nach heutigem Recht kommt es in den meisten Fällen auf ein Verschulden der Arbeitgeber bei der Beurteilung der Folgen eines Streikes nicht an. Regelmäßig trifft aber auch den Unternehmer ein Verschulden an dem Streik. Deshalb würde die geplante Vorschrift, wenn sie Gesetz würde, rechtlich ein Schlag ins Wasser sein und nur den Erfolg haben, daß den Arbeitern wieder einmal klar gemacht worden wäre, wie man auf Hintertreppen ihre ohnehin kümmerlichen Rechte zu schmälern versucht. Je schneller deshalb diese vom Geiste der Arbeiterfeindschaft beherrschte juristische Mißgeburt in die Verrentung verschwindet, desto besser!

Nun noch ein kurzes Wort zu dem zweiten, so formlos klingenden Satz des § 56 des Submissionsgesetzentwurfes: „Das gleiche (nämlich die Hinausschiebung aller Fristen und Termine um die Dauer der Ausperrung gilt im Falle der Ausperrung, wenn der Unternehmer durch Kollektivvertrag zur Ausperrung verpflichtet war. Wir behaupten kühn, daß etwas dergleichen dem Gesetzgeber wohl selten zu mutet worden ist. Anstatt aller Auseinandersetzung berufen wir uns auf die Ausperrung, die Professor Prückmann in dem im übrigen ebenso selbstgefälligen als konfuse Artikel „Der Boykott im Lohnkampf“ in Nr. 10, 1914 der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ gemacht hat. Er schreibt dort:

„... Es kann sich keine Partei darauf berufen, daß sie einer berufständigen Organisation gegenüber Verpflichtungen eingegangen sei, die mit den Anforderungen des Gegners im Widerspruch ständen.“

Und Rückmann und die Arbeitgeberzeitung sind sicher unverbäglich Zeugen. Wir brauchen uns nur klar zu machen, wie die Ausperrungsvereinbarungen lauten, die z. B. so sehr angehauchte Verbände, wie die der niederländischen Textilindustriellen oder der der Deutschen Metallindustriellen, hinter verschlossenen Türen treffen und in denen sie mit der Existenz ganzer Arbeitergruppen nach Willkür schalten und walten, um zu begreifen, welche herrlichen Zeiten wir entgegen gingen, wenn solche Vereinbarungen auch noch die Nichtsignatur des Reichs lebens werden sollten. Dafür bedanken wir uns wirklich herzlichst.

Aus unserer Industrie.

Krach in der Schirm- und Krawattenstoffbranche.

Seit mehreren Monaten haben sich in der Textilindustrie ganz bemerkenswerte Kartell- und Konventionsbestrebungen bemerkbar gemacht, die vielfach zu Streitigkeiten mit den Abnehmern führten. Mit großer Rücksichtslosigkeit gehen dabei die organisierten Textilindustriellen gegen die Außenseiter, also unorganisierten Firmen vor. Ein beliebtes Mittel, diese weich zu machen und den Koalitionszweck zu erreichen, ist der sogenannte „Treurabatt“. Der „Treurabatt“ oder „Schußkonto“ ist nicht etwa, wie der Name sagt, eine Anerkennung für treue An-

hänglichkeit, sondern vielmehr ein Strafmittel für die Kunden, die sich erlauben, ihre Fabrikanten sich nach eigener Wahl auszusuchen. Treurabatte beobachten wir jetzt besonders bei den neuesten Konventionsgründungen, und zwar in der Schirm- und in der Krawattenbranche. Der Verband deutscher Detailgeschäfte der Textilbranche hat vor kurzem eine gemeinsame Aussprache zwischen seinen Vertretern und dem Geschäftsleiter des Verbandes deutscher Krawattenfabrikanten veranstaltet, in der eine Verständigung in bezug auf Umsatzbonifikation, Kassastonto usw. erzielt wurde. Dagegen läßt der Verband der Krawattenfabrikanten, entgegen den Wünschen des Verbandes deutscher Detailgeschäfte, vorläufig einen „Treurabatt“ von 10% in seinen Bestimmungen bestehen, dessen Einführung allerdings bis zum 1. Juni verlegt ist.

Der „Treurabatt“ wird naturgemäß in dem Preis ein kalkuliert. Es soll aber nur der Kunde Anspruch auf ihn haben, der sich verpflichtet, nur bei Verbandsfirmen zu kaufen. Wer also bei außerhalb des Verbandes stehenden Firmen oder aus dem Auslande Ware bezieht, muß gewissermaßen eine Strafe von 10% für sämtliche Bezüge von allen Verbandsfabrikanten bezahlen, und zwar auf das ganze Jahr zurückgreifend! Die Politik des Krawattenfabrikantenverbandes geht dahin, das Ausland ganz auszuschalten. Der Krawattenverband bezweckt ferner durch den „Treurabatt“ zwei große außenstehende Firmen durch den Druck der Kundschaft mit in seinen Kreis zu ziehen. Sobald der Ring geschlossen ist, können die Preise willkürlich erhöht werden, wie es z. B. der Verband Barmer Spitzenfabrikanten getan hat. Daß es dazu auch beim Krawattenverband kommen würde, kann man schon aus den Klagen einiger Krawattenfabrikanten folgern. Danach ist die Lage der Krawattenindustrie sehr gedrückt, und es werde zu wenig verdient. Der Verband deutscher Detailgeschäfte der Textilbranche, dem die meisten deutschen Herrenartikel- und Wäschetailgeschäfte als Mitglieder angehören, hat die Anerkennung eines „Treurabatts“ für seine Mitglieder strikte abgelehnt. Es haben auch bereits in mehreren Großstädten Versammlungen von Interessenten stattgefunden, in denen die Zustimmung zu einem „Treurabatt“ verweigert wurde.

Ein Konfliktszustand ist immer sowohl für Abnehmer wie auch für Lieferanten eine sehr mißliche Sache, und es fehlt deshalb auch auf Seiten der Fabrikanten nicht an Stimmen, die vor Einführung des Treurabatts im Interesse einer friedlichen Weiterführung der Geschäfte warnen.

Der Verband deutscher Detailgeschäfte der Textilbranche schreibt noch zu dem „Treurabatt“ der Krawattenfabrikanten folgendes: „Wenn auch die Verhandlungen zwischen Fabrikanten und Abnehmern noch nicht zum Abbruch geführt haben, so hat doch bereits der „Verband deutscher Detailgeschäfte der Textilbranche e. V.“ seine Mitgliedschaft angewiesen, die Aufträge an die Fabrikanten nach Unlichkeit einzuschränken. Der Abnehmerverband führt derzeit Verhandlungen mit den deutschen und ausländischen Außenseitern, um im Falle eines Konfliktes mit den deutschen Fabrikanten an dieser Gruppe einen Stützpunkt zu gewinnen.“

Gute Unternehmergewinne in der Textilindustrie.

Es liegen einige Abschlüsse von Textilaktiengesellschaften für das Jahr 1913 vor. Wir begnügen uns für dieses Mal damit, lediglich eine Darstellung über das Gewinnergebnis zu bringen und behalten uns vor, in einer der nächsten Nummern unserer Textilarbeiter-Zeitung eingehender auf die Angelegenheit zurückzukommen. Mit Ausnahme der Kammgarnverarbeitung haben fast sämtliche Industriezweige die Dividende auf der Höhe des Vorjahres gehalten, zum Teil sie noch nicht unwesentlich erhöht. Durchweg hat das vergangene Jahr für die Unternehmer recht gute Gewinne abgeworfen, trotzdem im allgemeinen die Wirtschaftsverhältnisse nicht besonders günstig gelagert waren. Für die Textilarbeiterschaft war das vergangene Jahr dagegen ein besonders ungünstiges. Schlechte Löhne und Vetterung aller Lebensmittel drückten auf ihre Lebenshaltung. Um so mehr Veranlassung hat sie, an der Stärkung ihrer christlichen Berufsorganisation zu arbeiten, um die Möglichkeit zu besitzen, ihre schlechten Lohn- und Erwerbverhältnisse aufzubessern.

Nachstehend die einzelnen Resultate:

Wollwäschereien, Woll-Kämmereien, Spinnereien, Wollgarnfabriken.

	Dividende in %	
	1913	1912
Attien-Spinnerei in Nachen	7	5
Webburger Wollindustrie in Webburg	0	0
Bremer Wollkämmerei in Bremen	20	20
Norddeutsche Wollkämmerei und Kammgarnspinnerei in Bremen	10	10
Englische Wollwarenmanufaktur vormals Olroyd u. Bladdeley in Grünberg	0	0
Sächsische Wollgarnfabrik A.-G. vormals Littel u. Krüger	10	10
Wollwarenfabrik Mercur in Liegnitz	20	20
Thüringer Wollgarnspinnerei	12	14

Kammgarnspinnereien und Webereien inkl. Tuchfabriken.

Augsburger Kammgarnspinnerei in Augsburg	11 1/2	14
Schöller'sche u. Sitorfer Kammgarnspinnerei	4	5
Concordia-Spinnerei u. Weberei in Markkissa	4 1/2	7 1/2
C. F. Solbrig Söhne A.-G. in Chemnitz	4	5
Kammgarnspinnerei Düsseldorf in Düsseldorf	8	8
Kammgarnspinnerei zu Leipzig	5	10
Kammgarnspinnerei Stöhr u. Co., A.-G. in Leipzig	8	12
Kammgarnspinnerei Meercane in Sachsen	2	8

Kammgarnspinnerei Wernshausen	8	10
Kammgarnspinnerei Schedelwitz	10	15
Tuchfabrik Nachen, A.-G. in Nachen	0	5
Tuchfabrik in Fulda	8	10
Kammgarnspinnerei Gautsch bei Leipzig	4	5
Kammgarnspinnerei Koechlin, Schmidt u. Co. in Wülhausen in Elb.	4	7
Kammgarnspinnerei M.-Glöblich	10	12
Vinoleum- und Wachsstockfabriken.		
Bremer Vinoleumwerke, A.-G., Delmenhorst	15	15
Delmenhorster Vinoleumfabrik (Unter-Werke)	22	28
Deutsche Vinoleum- und Wachsstock-Fabrik, Neudölln	6	5
Deutsche Vinoleum-Werke Hansa, Delmenhorst	15	15
Germania Vinoleum-Werke, A.-G., Vietigheim	10	10
Rheinische Vinoleumwerke, Webburg	10	10
Poppe u. Wirth, A.-G., Berlin	7	7
Zwirnerei und Nähfadefabriken.		
Nähfadefabrik Julius Schürer in Augsburg	?	4
Zwirnerei und Nähfadefabrik, Göggingen	20	24
Baumwollspinnereien und Webereien.		
Spinnerei Deutschland, A.-G., in Cronau	15	15
Baumwoll-Spinnerei in Augsburg	7	9
Baumwoll-Spinnerei Sentelebach in Augsburg	5	5
Baumwoll-Spinnerei am Stadtbach in Augsburg	14	14
Baumwoll-Weberei Böschlingsweiler in Augsburg	10 1/2	12 1/2
Hauptstädter Spinnerei und Weberei in Augsburg	8 3/4	8 3/4
Mech. Baumwoll-Spinnerei- und Weberei in Augsburg	10 1/2	14 1/2
Mech. Baumwoll-Spinnerei und Weberei Mühlbach in Augsburg (Pfersee)	14	16
Mech. Baumwoll-Spinnerei und Weberei in Bamberg	10	10
Mech. Baumwoll-Spinnerei und Weberei in Bayreuth	11 1/2	11 1/2
Allgäuer Baumwoll-Spinnerei und Weberei Bleichach	5	6
Breddinghaus, Reimann u. Co., A.-G., in Elberfeld	10	10
Emil Schmölbers Spinnerei A.-G., Heydt	6	7
Baumwoll-Spinnerei Erlangen in Erlangen	16	16
Gesellschaft für Spinnerei und Weberei in Ettlingen	7	7
Mech. Baumwoll-Spinnerei und Weberei Eßlingen a. N.	10	10
Neue Baumwoll-Spinnerei und Weberei Hof in Hof	20	20
Mech. Baumwoll-Spinnerei und Weberei Kaufbeuren	4 1/2	4 1/2
Mech. Baumwoll-Spinnerei und Weberei Kempten	10	10
Baumwollspinnerei Kolbermoor	9	9
Leipziger Baumwollspinnerei in Leipzig	15	14
F. Hammerson, A.-G. in Osnabrück	12	12
Spinnerei und Wuntweberei Pfersee	10	10
Mech. Weberei Fischen in Sonthofen	17 1/2	12 1/2
Baumwollspinnerei Unterschauen	6	6
Krefelder Baumwollspinnerei	8	6
Baumwollweberei Böschlingsweiler in Böschlingsweiler	10 1/2	10 1/2
Flachs- und Leinen-Industrie.		
Habensberger Spinnerei zu Dielefeld	5	0
Spinnerei Vorwärts zu Dielefeld	0	0
A.-G. für Leinengarn-Spinnerei und Bleicherei vorm. Renner u. Co. in Röhrsdorf bei Friedeberg a. Queis	8	7
Erdmannsdorfer Spinnerei	4	3 1/2
Spitzen-, Lüll- und Gardinenfabriken.		
Vogeländische Lüllfabrik A.-G. in Blauen i. B.	10	6
Deutsche Spitzenfabrik A.-G., Leipzig-Lindenau	3	10
Jute-Spinnereien und Webereien.		
Westdeutsche Jutespinnerei und Weberei Beuel	10	8
Erste Deutsche Fein-Jute-Garn-Spinnerei, A.-G.	15	10
Norddeutsche Jutespinnerei und Weberei in Hamburg	12	9
Geraer Jutespinnerei u. Weberei in Triebes	36	30
Tränkner u. Würcker Nachf. in Leipzig-Lindenau	10	8
Seilerwaren- und Treibriemenfabriken.		
Mech. Seilerwarenfabrik, Füssen	12 1/2	12 1/2
Vereinigte Hansschlauch- und Gummiwaren-Fabriken A.-G., Gotha	?	0
Mech. Treibriemenweberei und Seilfabrik Gustav Kunz, Treuen i. Sachf.	7	7
Verteidigungs-Industrie.		
Berlin-Gubener Hutfabrik A.-G., vorm. U. Sohn, Guben	16	16
Berliner Wäschefabrik A.-G., vorm. Gebr. Ritter	9	8
Vereinigte Fränkische Schuhfabriken, Nürnberg	7	8
Rauchwaren-Zurichterei und Färberei Marktschäfer	16	20
Verschiedene Spezialfabriken der Textilindustrie.		
Rheinische Möbelstoff-Weberei (vorm. Dahl u. Juntsche) A.-G. in Barmen	9	9
A.-G. für Strumpfproduktion vorm. Max Segall, Berlin	0	0
Vereinigte Kunstseidefabriken A.-G. in Frankfurt a. M.	0	0
Vereinigte Schuhstofffabriken in Fulda	11	11
Mechanische Weberei, Linden	20	30
Gebhard u. Co., A.-G. in Bohwinkel	10	12
Girmes u. Co. in Deht (Rheinland)	16	12

Das Resultat ist im allgemeinen ein günstiges. Wenigstens berechtigt es die Jeremiaden, die im vergangenen Jahre von vielen Textilunternehmern angestimmt wurden, durchaus nicht. Die Geschäftsergebnisse können im allgemeinen eine Lohnerhöhung wohl vertragen. Möge sich das die Textilarbeiterschaft zur Notiz nehmen.

Aus dem Verbandsgebiete.

Sichtbildervorträge.

Die Deutsche Kolonialgesellschaft ist bereit, den Zahlstellen der christlichen Gewerkschaften unentgeltlich Sichtbildervorträge zur Verfügung zu stellen. Ebenso ist sie bereit, den Sichtbildervorträge unentgeltlich zu überlassen. Die Ortsgruppen haben lediglich die Versandkosten, die einige Mark ausmachen werden, zu tragen und für etwaige Reparaturen aufzukommen.

Die Bilder und Vorträge behandeln folgende Gebiete:

- 1.* Eine Wanderung durch die deutschen Kolonien.
- 2.* Die deutschen Schutzgebiete (Allgemeine Sammlung).
- 3.* Die Interessen von Handel und Industrie an der Erschließung unserer Kolonien.
- 4. Kultur- und Vegetationsbilder aus Togo und Kamerun.
- 5. Logo I.
- 6. Logo II.
- 7. Logo (Aufnahme des Regierungsrates Dr. Schilling).
- 8. Logo III.
- 9.* Plantagenbau in Deutsch-Ost- u. Westafrika.
- 10. Kamerun I.
- 11. Kamerun II.
- 12. Kamerun III.
- 13. Kamerun IV.
- 14.* Kamerun V.
- 15.* Neu-Kamerun.
- 16.* Eine Reise nach Kamerun.
- 17.* Adamaua und die deutschen Schadseländer.
- 18. Adamaua, Land und Leute.
- 19.* Reisebilder aus dem belgischen Kongo und den deutschen Tanganyika-Nyassaländern.
- Land und Leute im belgischen Kongo.
- 20.* 1. Von Banana bis Leopoldville.
- 21.* 2. Von Leopoldville bis zum Tanganyikasee.
- 22.* Deutsch-Südwestafrika I.
- 23.* Deutsch-Südwestafrika II.
- 24. Deutsch-Südwestafrika zur Zeit des Herero-Aufstandes.
- 25. Kriegsbilder aus Deutsch-Südwestafrika I.
- 26. Kriegsbilder aus Deutsch-Südwestafrika II.
- 27. Frieden und Krieg im Hererolande.
- 28. Deutsch-Südwestafrika (Aufnahmen des Oberleutnants a. D. v. Salzmann).
- 29.* Deutsch-Südwestafrika I.
- 30.* Deutsch-Südwestafrika II.
- 31.* Deutsch-Südwestafrika I. Land und Leute, wirtschaftliche Verhältnisse.
- 32.* Deutsch-Südwestafrika II. Aus seiner Vorgesichte und wirtschaftlichen Entwicklung.
- 33.* Bilder aus der Diamantenwüste von Südwest.
- 34.* Bergbau in Deutsch-Südwestafrika.
- 35.* Welche Interessen hat der Deutsche (Landwirt) an Südwestafrika.
- 36. Vergleiche der deutschen Kolonienarbeit in brasilianischen Urwald mit dem Farmerleben auf den Grassteppen Deutsch-Südwestafrikas.
- 37.* Aus dem deutsch-portugiesischen Grenzgebiete Südwestafrikas (Ovamboland, Okavango und Caprivizipfel).
- 38. In- times aus Deutsch-Ost- und Deutsch-Südwestafrika.
- 39.* Ostafrika.
- 40. Deutsch-Ostafrika.
- 41. Kultur- und Vegetationsbilder aus Deutsch-Ostafrika.
- 42. Deutsch-Ostafrika I.
- 43.* Deutsch-Ostafrika II.
- 44. Kulturbilder vom Kilimandscharo und Meruberge.
- 45. Eine Reise nach Ostafrika.
- 46. Der Viktoria-Nyanza in Ostafrika. Eine Gesellschaftsreise nach Deutsch-Ostafrika.
- 47.* 1. Von Neapel nach Jaffa.
- Die Bevölkerung der Suahelküste.
- 48.* 2. Ausflüge an der ostafrikanischen Küste und ins nähere Hinterland.
- 49.* Ostafrika.
- 50.* Die Schlafkrankheit in Deutsch-Ostafrika.
- 51.* Im Lande der Hesen und Zwerge.
- 52.* Das afrikanische Handweid.
- 53. Land und Leute des Kautschou-Gebietes.
- 54. Die Baumtätigkeit im Kautschou-Gebiete.
- 55.* Kautschou, das deutsche Schutzgebiet in Ostafrika.
- 56.* Deutsch-Kamerun.
- 57. Die Palau-Inseln und Karolinen.
- 58. Die Karolinen, Palau und Marianen.
- 59. Land und Leute auf den Karolinen, Marianen und Palau-Inseln.
- 60.* Kaiser-Wilhelmsland und Bismarck-Archipel.
- 61. Südsee.
- 62. Samoa I.
- 63. Samoa II.
- 64. Kultur- und Vegetationsbilder aus Samoa.
- 65. Samoa III.
- 66. Unsere Wehrkraft zur See.
- 67. Brasilien.
- 68. Südafrika, unter besonderer Berücksichtigung der Metropole Kapstadt.
- 69. Transvaal und der Freistaat.
- 70.* Die Reise des Kronprinzen in Indien.
- 71. Marokko.
- 72. Afrikas Eisenbahnen.
- 73. Deutsch-Südwest- und Ostafrika (Reise des Staatssekretärs Dr. Solf und Generals Frhr. v. Gayl).
- 74. Ackerbau im Norden von Deutsch-Südwestafrika.

Wir können dieses Entgegenkommen der Kolonialgesellschaft nur freudig begrüßen und unsere Ortsgruppen bitten recht regen Gebrauch davon zu machen. Der Bezug der Bilder und Vorträge muß durch die Beamten unseres Verbandes erfolgen.

Die mit einem * versehenen Sammlungen sind koloriert.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreitigkeiten.

M. Gladbach.

Die Passierer der Firma Richter u. Ebels haben die Kündigung eingereicht. Von der Firma Richter u. Ebels muß man bald glauben, daß sie sich nicht recht wohl fühlt, wenn sie keine Differenzen mit ihren Arbeitern hat. Ist es im Betriebe ruhig, so geht sie dazu über, den Zantappel unter die Arbeiterschaft zu werfen. Diesmal sind es wieder die Passierer, welche herhalten sollten. Noch November 1911 wurden dieselben mit der Ankündigung einer Lohnreduktion beglückt. Damals kam es erst zu einer Einigung, als die Passierer die Kündigung eingereicht hatten. Diesmal will die Firma noch bedeutend mehr reduzieren, als sie damals vorhatte. Die jetzige Reduktion beträgt für 4schäftige Ketten 13%. Gegen dieses Vorhaben setzten sich die Arbeiter zur Wehr, und als keine Aussicht bestand, die Firma in friedlicher Weise zur Zurücknahme der Lohnreduktion zu bewegen, reichten sie unter Zustimmung der Verbandsleitung die Kündigung ein. Die Arbeiter rechnen auf die Solidarität ihrer Berufskollegen und hoffen, daß die Firma zur Einigkeit kommen wird, daß die jetzige Zeit für Lohnherabsetzungen wenig geeignet ist.

Am 24. April fand bei Lamberg eine Versammlung für Passierer und Passiererinnen statt, die einen guten

Besuch aufzuweisen. te. Bezirksleiter Kollege Herms berichtete über die Differenzen bei der Firma Richter u. Ebels und wies die Anwesenden darauf hin, was es für Folgen zeitigen würde, wenn die Passierer sich der Organisation fernhalten würden. Für diese sei die Organisation ebenso ein Bedürfnis wie für andere Berufe. Würden die Kollegen mal befragt, wie es mit diesem oder jenem im Betriebe bestellt sei, so äußerten sie eine ganze Menge von berechtigten Wünschen. Dies zeige nun, daß dahin gestrebt werden müsse, die Verwirklichung der berechtigten Wünsche der Passierer zu erreichen. Hierzu sei aber die Mitarbeit der Kollegen erforderlich. Zu diesem Zwecke empfahl Redner, für die Passierer eine besondere Berufskategorie zu bilden, welche die speziellen Berufsfragen zu bearbeiten habe.

Diese Anregung fand lebhaften Anklang. Es wurde eine vorläufige Kommission von fünf Personen gewählt, welche die Weiterverfolgung der Sache in die Hand nehmen soll und gemeinsam mit der örtlichen Verbandsleitung ihre Maßnahmen trifft. Mehrere Kollegen traten hierauf dem Verbands als Mitglied bei. Mögen die Kollegen allerwärts dafür sorgen, daß die noch fernstehenden auch für den Verband interessiert und gewonnen werden. Dies ist nicht nur im Interesse des Einzelnen, sondern ist von Vorteil für alle Angehörigen des Passiererberufes.

Zum Schluß nahm die Versammlung folgende Resolution einstimmig an:

„Die heute, am 24. April 1914, tagende, gut besuchte Passiererversammlung nimmt mit Enttäuschung Kenntnis von dem Ansinnen, welches die Firma Richter u. Ebels an die bei ihr beschäftigten Passierer gestellt hat. Die Versammlung erklärte sich mit dem im berechtigten Alwehrkampf befindlichen Kollegen solidarisch und verspricht, diese mit allen ihnen gebotenen Mitteln zu unterstützen.“

Ferner erkennen sie an, daß es zu einer Wahrnehmung der Berufsinteressen unbedingt des Zusammenschlusses aller mit Passierern beschäftigten Kolleginnen und Kollegen bedarf. Sie empfehlen den Beitritt zum Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands, welcher die Interessen der Passierer mit Entschiedenheit vertritt.“

Krefeld.

Eine erfolgreiche Lohnbewegung haben die Samtappreturarbeiter und -Arbeiterinnen abgeschlossen. Beteiligt waren an derselben Mitglieder des christlichen und des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes. Beide Organisationen unterbreiteten vor einigen Wochen der Samtappretur-Vereinigung ihre Forderungen. (Die Volltribüne berichtet, die Christlichen hätten keine Forderungen gestellt. Das ist unklar.) In der Eingabe des christlichen Verbandes wurde neben einer den Verhältnissen entsprechenden Lohnerhöhung auch eine Verkürzung der Arbeitszeit an Sonnabenden gefordert.

Die Arbeitgeber-Vereinigung trat mit den Arbeiterorganisationen nebst ihren Lohnkommissionen in Verhandlungen ein. Erfreulicherweise kamen die Arbeitgeber der Arbeiterschaft soweit, wie sie zu können glaubten, entgegen.

Sie bewilligten allen Arbeitern und Arbeiterinnen über 16 Jahren und dem größten Teil derjenigen unter 16 Jahren eine Mark Lohnerhöhung. Weiter bewilligten sie eine Verkürzung der Arbeitszeit von einer Stunde für die männlichen Arbeiter, sodas jetzt die Arbeitszeit an Samstagen für männliche und weibliche Arbeiter gleichmäßig endet und 58 Stunden die Woche beträgt. Auch wurde der Allerheiligentag als gesetzlicher Feiertag in den Tarif aufgenommen, und wird derselbe in Zukunft mitbezahlt. Im übrigen bleibt die Grundlage des alten Tarifs bestehen. Die Verbesserungen treten ab 2. Mai 1914 in Kraft.

Aus unseren Bezirken.

Industrie und Landwirtschaft in Elsaß-Lothringen.

Der „Konfessionär“ schreibt über Textilindustrie, Landwirtschaft und Regierung in Elsaß-Lothringen: Die von der elsass-lothringischen Regierung ins Leben gerufene „Zentralstelle für ländliche Wohlfahrt und Heimatpflege in Elsaß-Lothringen“ betrachtet es als ihre vornehmste Aufgabe, die Interessen von Industrie und Landwirtschaft zu verschmelzen. Das ist auch unbedingt notwendig, wenn man die statistischen Zahlen über die Landwirtschaft und Industrie vergleicht. Während die Bevölkerung Elsaß-Lothringens früher überwiegend Landwirtschaft betrieb, hat jetzt die Industrie sich langsam über das ganze Land verbreitet. Bis in die entlegensten Gebirgsdörfer des Elsaß ist die Textilindustrie vorgedrungen, Zoll um Zoll Boden gewinnend, der früher fast ausschließlich landwirtschaftlichen Zwecken diente und sich vielfach schlecht verzinst. Wenn das Land auch heute eine vielseitige Industrie besitzt, so ist der Schwerpunkt immer noch in der alteingesessenen Textilindustrie zu suchen. Die Regierung schenkt darum auch dem Vordringen der Textilindustrie in landwirtschaftlichen Kreisen ihre größte Aufmerksamkeit, weil durch die Verschmelzung der beiderseitigen Interessen zugleich auch das Problem der Landflucht im Lande leichter gelöst werden kann. Der Arbeit dieser Zentralstelle ist es zu verdanken, daß sich die beiden Hauptzweige des Landes nicht feindlich gegenübersehen. Die Landwirtschaft hat der Industrie hierzulande sehr viel zu danken, da der Absatz für die landwirtschaftlichen Produkte naturgemäß eine Steigerung mit dem Aufstehen eines Industriezweiges erfährt. Durch die Ausdehnung der Textilbetriebe ist dem Lande aber auch

ein gesunder, seßhafter Kleinbauernstand erhalten geblieben. Die auf kleinen Bauernhöfen überzähligen Familienglieder finden in den Fabriken lohnende Beschäftigung. Dadurch ist es manchem Bauern schon möglich gewesen, auf seinem Gehöft lastende Schulden abzubezahlen. Ein Industriearbeiter, der nebenher etwas Landwirtschaft betreibt, gerät im Elsaß selten in Not. Leider hat in den unruhigen politischen Zeiten die stetige Weiterentwicklung auf wirtschaftlichem Gebiet Not gelitten. Besonders die Textilindustrie hatte darunter zu leiden. Unter dem doppelten Druck eines Niederganges der Konjunktur infolge äußerer wirtschaftlicher Einflüsse und dem fortgesetzten politischen Unruhezustand wurden manche Betriebszweige gelähmt oder in der Weiterentwicklung gehindert. Das hätte natürlich auch seinen Einfluß auf die Erwerbssituation weiter Bevölkerungsteile. Hier Abhilfe zu schaffen, ist zu einer gebieterischen Notwendigkeit geworden. Gesunde wirtschaftliche Verhältnisse im Lande zu schaffen und Zweige, die brach liegen, wieder zu ihrer früheren Bedeutung zu bringen, ist darum auch das Hauptbestreben der neuen Regierung.

Staatssekretär Graf Rüdern hat mit praktischem Blick erkannt, daß in der elsass-lothringischen Industrie ungeheure Werte stecken, die nicht verloren gehen dürfen. Es hat bei den Industriellen des Oberelsaß Vertrauen erweckt, daß der Staatssekretär gleich bei seinen ersten Besuchen im Lande auch zwei große Industriebetriebe in Mülhausen beschäftigte, um in der Praxis Erfahrungen zu sammeln. Wie wir hören, sollen eine Reihe der bedeutendsten Industriebetriebe von dem Staatssekretär in der nächsten Zeit noch besichtigt werden. Großindustrielle, die die Entwicklung der letzten Jahrzehnte in Elsaß-Lothringen aufmerksam verfolgt und an den Forderungen der Zeit nicht achlos vorübergegangen, sind der Ansicht, daß das Verhältnis zwischen der eingesehnen Textilindustrie und der Regierung nur günstig durch die Anteilnahme der letzteren beeinflusst werden kann. Eine kräftige Werbetätigkeit ist notwendig, um den Einfluß deutschen Wirtschaftslebens, der sich mehr und mehr zeigt, zu verstärken.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Mitkirch. Ungerechtfertigte Abzüge. Reibt verschiedene Mängel, über die wir an dieser Stelle bereits berichteten, besteht in der hiesigen Weberei Jourdain auch das System, daß Arbeiter verdorbene Zuschläge gezwungener Weise gegen Bezahlung an sich nehmen müssen. Mitunter verursacht dies dem einzelnen Arbeiter eine verhältnismäßig hohe Ausgabe. Dieses System findet sich kaum anderswo vor und dürfte dies auch für die Firma Jourdain gesetzlich nicht zulässig sein.

Am empfindlichsten werden die Arbeiter dadurch betroffen, wenn sie nicht einmal eine Schuld für diese Fehler trifft, sondern diese vielmehr durch Nachlässigkeiten in der Schlichterei oder schlechte Beschaffenheit des Materials verursacht sind. So wurde letzthin auch einem Arbeiter wieder zugemutet, etwas fehlerhaftes Tuch an sich zu nehmen. Derselbe entgegnete aber und wohl mit Recht: „Ich arbeite hier nicht um Tuch, sondern um Lohn.“ Trotzdem er das Tuch nicht an sich nahm, wurde ihm doch der Betrag hierfür abgehalten.

Zur Zeit haben einzelne Arbeiter einen sogenannten Macco-Verqual mit sehr schlechtem Keitengarn zu verarbeiten. Zur Stärkung der Keitengarnen werden dann Wachsfäden aufgelegt. Nun verlangte letzthin ein Vater für seinen Sohn eine solche Wachsfänge. Der Meister, der diese verabsolgen sollte, erklärte aber: „Wenn's nicht geht, dann soll er den Stuhl kehren lassen.“ Daß hierbei nichts verdient werden kann, scheint diesem Herrn nicht sonderlich nahe zu gehen.

Das sind alles Zustände, die einer Befestigung bedürfen. Erfreulicherweise haben sich die Arbeiter auch bereits gewerkschaftlich organisiert und dadurch ihr Bestreben zur Verbesserung besserer Verhältnisse zum Ausdruck gebracht. Zwar hat sich dieser Organisationsgedanke noch nicht durch die gesamte Belegschaft durchgesetzt. Den Arbeiterinnen und Arbeiterinnen des Betriebs sei darum hiermit der unverzügliche Anschluß an den christlichen Textilarbeiterverband nahegelegt. Dann wird um so eher die so notwendige Verbesserung der Arbeitsverhältnisse in die Wege geleitet werden können.

Falkenstein (B.). Zusammengehörigkeit, Opferwille. Diese beiden gewerkschaftlichen Tugenden konnten wir so recht in unserer letzten Mitgliederversammlung beobachten, und so manche ältere Ortsgruppe könnte sich daran ein Beispiel nehmen. Nachdem Kollege Ebersbach einige Neuanmeldungen bekannt geben konnte, gab er dem Passierer das Wort zum ersten Rechenschaftsbericht. Die Revisoren konnten die Wichtigkeit dieses befähigen und dem Passierer Entlastung erteilen. Hierauf hielt Kollege Melcher aus Greiz einen Vortrag über das Thema: „Wo stehen wir in der deutschen Arbeiterbewegung.“ In seinem Referat zeigte er die Entwicklung unserer Arbeiterbewegung und die Entwicklung der Industrie, vornehmlich der Textilindustrie. Alsdann ging er über auf den Stand der Gewerkschaftsbewegung, und da konnte er feststellen, daß während der Reizzeit die christliche Gewerkschaftsbewegung eine größere Stabilität gezeigt hat als die sozialdemokratische. Lohnbewegungen und Streiks und auch das Tarifwesen wurden von ihm in verständlicher Weise geschildert. Gerade beim letzteren konnte der christliche Ketten- und Steinarbeiterverband wieder eine interessante Beobachtung machen. Zuletzt ging Kollege Melcher ein auf die bedeutlichen Erscheinungen im Gewerkschaftswesen, die dahin zielen, durch Volksgewerkschaften die Gewerkschaftsbewegung als eine politische Bewegung zu beurteilen. Wenn auch vorerhand diese Maßnahme erst die sogenannten „freien“ Gewerkschaften trifft, die für eine derartige Beurteilung ihrer Bewegung schließlich allein verantwortlich sind, so haben wir doch alle Pflicht, diese Erscheinung mißtrauisch zu beobachten. Das beste Mittel der Abwehr ist eine weitere Stärkung unseres Verbandes, damit bei einem ev. notwendig werdenden Protest auch unser Textilarbeiterverband ein gewichtiges Wort mitreden kann. Mit lebhaftem Interesse folgten die Anwesenden diesen Ausführungen. Zum Schluß konnte der Vorsitzende bekannt machen, daß einige Kollegen der Ortsgruppe Protokollbuch und Klingel geschenkt haben. Ein gemeinsamer Spaziergang beschloß diese schöne Zusammenkunft, die von einem Kollegen im Bilde festgehalten wurde.

Greiz. Besserer Geschäftsgang. Die „Greizer Zeitung“ berichtet: „Es ist erfreulich, berichten zu können,

daß in den mechanischen Webereien hier und in der Umgegend der Geschäftsgang sehr gut ist, ebenso in den Färbereien und Appreturanstalten, wo in einzelnen Abteilungen sogar mit Lieberstunden gearbeitet werden muß. Jetzt in der Hochsaison haben auch die Versandgeschäfte voll zu tun. Im Export hat sich das Geschäft für größere Firmen ebenfalls gebessert. Karriere und gewisse Kunstseidenstoffe werden von der Kundschaft sehr begehrt. Die Industrieverhältnisse der Nachbarstädte Reichenbach, Berga a. d. Elster, Weida und Triebes sind ebenfalls befriedigend; nur die Sticker-Industrie läßt noch immer viel zu wünschen übrig. Viele Maschinen, meistens in Lohnstickereien, sind zum Stillstand gekommen und die Inhaber erleiden schwere Verluste.

Für unsere Mitglieder ist damit die Zeit der Ernte gekommen und wenn jedes Mitglied seine Pflicht in der Agitation erfüllt, dürfte eine weitere Stärkung unseres christlichen Textilarbeiterverbandes zu erwarten sein.

Greiz (V.). Keine gerechte Behandlung. Wie manche Meister sich während der Krisenzeit an eine minderwertige Behandlung der Arbeiterschaft gewöhnen können, zeigt folgender Fall:

Ein Mitglied unseres Verbandes war lange Zeit bei der Firma Wörsel (Weberer) beschäftigt. Wie allgemein bei schlechten Zeiten, ließ auch bei ihm das zu verarbeitende Material viel zu wünschen übrig. Trotzdem bemühte sich unser Kollege, aus dem schlechten Material ein gutes Stück Ware herzustellen. Verschiedene Versuche, die Betriebsleitung auf die ungenügende Qualität des Materials aufmerksam zu machen, scheiterten an der „vorbeigehenden“ Haltung des Meisters. So ließen sich auf 110 Meter Ware zwei Schußbrüche nicht vermeiden. Diese Ansicht konnte aber der Schaufmeister obengenannter Firma nicht teilen, und so fuhr er mal mit einem ordentlichen Donnerwetter dazwischen. Unserem Kollegen wurde gelündigt. In demselben Betriebe wird seine Tochter als Ausbesserin beschäftigt. Diese hatte das Glück, Stücke auszubessern, welche vom Sohn des Schaufmeisters hergestellt wurden und an Sauberkeit weit unter denen unseres Kollegen standen. Was Wunder, wenn die Tochter da den Vater in Schutz nimmt und sich über ein derartiges Verhalten des Schaufmeisters auslehnt. Aber es ist nicht so fein gesponnen — und kommt doch endlich zu Ohren des Herrn Schaufmeisters. Dieser, vielleicht gerade beim „Gropretmachen“, entließ kurzerhand auch die Tochter, trotz 14 tägiger Ründigungsfrist. Nur die Rücksicht auf weitere Familienmitglieder bewahrte die Firma vor einer Schadenersatzklage beim Gewerbegericht. Daß sich hier der Schaufmeister das Recht der Kündigung aneignet und dieses dem Betriebsdirektor einfach aus der Hand nimmt, ist bei der forschen Art desselben nicht verwunderlich.

Ob eine derartige Behandlung der Arbeiterschaft durch die Meister das „friedliche Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer“ wohl fördert? Wir zweifeln daran. Möglich ist, daß mit der Zeit sich alle Bitterkeit und aller Groll bei der nächstpassenden Gelegenheit einmal entladen wird. Und darum ist es gut, wenn unsere Mitglieder alle Vorkommnisse in Betrieben bei der Geschäftsstelle unseres Verbandes melden, selbst aber durch rege Agitation für weitere Erhaltung unseres Verbandes sorgen.

Kollnau (Breitgau). Unsere Lichtbildervorführungen haben einen guten Verlauf genommen. Bezirksleiter Mümmel-Drach sprach zur Eröffnung über die wichtigsten Aufgaben, welche sich die christlich-nationale Arbeiterschaft zur Hebung unseres Arbeiterstandes gestellt habe. Hinweisend auf die Kriegereignisse auf dem Balkan, durch welche auch unsere Industrie in Mitleidenchaft gezogen wurde, wurden dann in einigen Serien die Balkankriegen und Konstantinopel gezeigt. Als weitere Serie kam die Eroberung der Luft in Vorführung. Einige gemeinschaftliche Lieder und soziale Gedichte bildeten einen würdigen Abschluß dieser Veranstaltung. Abends 8 Uhr fand dann in Waldkirch die gleiche Vorführung dieser Lichtbilder statt. Der Besuch dieser Versammlung konnte als gut bezeichnet werden. Die Zwischenpausen wurden von der Gesangsabteilung des kath. Arbeitervereins durch einige Lieder-vorträge ausgefüllt. Möge auch hier das Interesse für die Bildungsbestrebungen immer mehr wachsen und gedeihen.

Mühlhausen (Elf.) In der hiesigen Textilindustrie herrscht nun wieder normaler Geschäftsgang. Die Zeit der Betriebseinschränkung ist vorüber und überall wird wieder voll gearbeitet. Von einem schlechten Geschäftsgange konnte zwar hier eigentlich keine Rede sein, ja verschiedene Firmen konnten beinahe nicht genug liefern. Der eigentliche und auch eingeklagte Zweck der Betriebseinschränkung war, die Preise der Fabrikate in die Höhe zu treiben. Als dies mißlang, hatten die Fabrikanten an einer Betriebseinschränkung kein Interesse mehr und so zerfielen sich die Verhandlungen, die angebahnt waren, auch für das zweite Quartal die Betriebseinschränkung bestehen zu lassen. Daß dies die Arbeiterschaft mit Freuden begrüßt, braucht wohl nicht besonders betont zu werden.

Eine wichtige Lehre hat uns die Betriebseinschränkung gebracht. Zwar ist es nichts neues mehr, aber es wurde gerade in der Situation der Arbeiterschaft so recht drastisch vor Augen geführt. Die Arbeitgeber, die sonst gegen jede Vereinigung, die die Arbeiter sich zum Zwecke der Vertretung ihrer Interessen schaffen, mit manchmal sehr unlauteren Mitteln sich wenden, tun selbst keinen wichtigen Schritt, ohne Beschluß ihrer Arbeitgeber-Vereinigung. Und so prangte denn, gleichsam wie zur Beehrung der Arbeiterschaft, auf den Bekanntmachungen der Arbeitgeber überall als Einleitung der Satz: „Das Syndikat der Arbeitgeber hat beschlossen usw.“ Damit haben die Fabrikanten den Arbeitern und Arbeiterinnen den Weg gewiesen, den man gehen muß, wenn man Erfolge erringen will. Hoffentlich versteht die Arbeiterschaft diesen unwillkürlichen Hinweis und läßt sich den Ausbau ihrer Berufsorganisation recht angelegen sein.

In den hiesigen Spinnereien ist wieder einmal ein kleiner Fortschritt zu verzeichnen. Ab 18. April haben nämlich die männlichen Arbeiter an Samstagen statt wie bisher um 6 Uhr, schon um 5 Uhr Arbeitsluß. Wir haben also eine Arbeitszeitverlängerung von pro Woche einer Stunde zu verzeichnen. Der hierdurch entstehende Lohnausfall wird vergütet. Diese Neuerung und Verbesserung des bisherigen Zustandes ist gewiß zu begrüßen; indes hätten die Arbeitgeber auch gleich weiter gehen und die männlichen Arbeiter mit den weiblichen und der gesamten Arbeiterschaft der Webereien gleichstellen können, durch Gewährung des 4 Uhr-Schlusses. Dies ist schon längst der Wunsch der Arbeiter und wird es hoffentlich nicht mehr zu lange dauern, bis dieser Wunsch in Erfüllung geht.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Von der evangelisch-sozialen Schule wurde in diesen Tagen ein sozialstudentischer Kursus veranstaltet, an dem 65 Studenten und Studentinnen sowie 12 Hospitanten teilnahmen. Als Redner wirkten mit Pfarrer D. Weber-M. Gladbach, Reichstagsabgeordneter Behrens-Berlin, Verbandsleiter W. Guttsche, Gymnasialoberlehrer Dr. Rühnick-Bremen, Geheimrat Dr. Rose-Berlin, Dr. Andler-Berlin. Der nächste sozialstudentische Kursus findet gegen Ende dieses Jahres statt. Anfragen und Zuschriften an die Evangelisch-Soziale Schule Bethel-Bielefeld.

Zur Reform der Arbeitsnachweise. In der Sitzung vom 14. Februar 1914 hat der Ausschuss des Verbandes Deutscher Arbeitsnachweise folgende Grundsätze über „das Verhalten der öffentlichen Arbeitsnachweise bei Streiks und Aussperrungen“ und über „Errichtung und Verwaltung von Facharbeitsnachweisen“ angenommen:

I. Grundsätze über das Verhalten der Arbeitsnachweise bei Streiks und Aussperrungen. Für das Verhalten der öffentlichen Arbeitsnachweise bei Streiks und Aussperrungen hält der Ausschuss folgendes Verfahren für empfehlenswert: a) Entweder machen die Arbeitsnachweise weder den Arbeitgebern noch den Arbeitnehmern Mitteilung, oder b) solche Mitteilung erfolgt gleichmäßig an beide Parteien, d. h. von Streiks an die Arbeiter und von Aussperrungen an die Arbeitgeber.

II. Grundsätze für die Errichtung und Verwaltung von Facharbeitsnachweisen. 1. Wo es erforderlich ist, sind als Abteilungen der öffentlichen Arbeitsnachweise Facharbeitsnachweise für gelernte Arbeiter einzurichten. 2. Sofern sich ein Bedürfnis für die Errichtung besonderer Facharbeitsnachweise geltend macht, sollen in demselben Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Anzahl unter dem Vorsitz eines Delegierten des öffentlichen Arbeitsnachweises vertreten sein. Neben den Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer kann der Träger des öffentlichen Arbeitsnachweises (Gemeinde, Verein) Vertreter in den Ausschuss entsenden. 3. Die Kosten der Facharbeitsnachweise trägt in der Regel der allgemeine öffentliche Arbeitsnachweis. Die Erhebung von mäßigen Gebühren ist in geeigneten Fällen zulässig, doch ist Vorsorge zu treffen, daß Härten bei der Gebührenerhebung vermieden werden. 4. Die Vermittlung hat unparteiisch und ohne jede Rücksicht auf die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Organisation zu erfolgen. Offene Arbeitsstellen und Arbeitsangebote müssen allen sich meldenden Personen zugänglich gemacht werden. Für den einzelnen Fall geäußerte, besondere Wünsche der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind nach Möglichkeit zu berücksichtigen. 5. Die Beamten der Facharbeitsnachweise werden von dem Träger des öffentlichen Arbeitsnachweises angestellt und besoldet. Sie unterstehen ausschließlich der Dienstaufsicht des Trägers des öffentlichen Arbeitsnachweises, von dem sie allein die Dienstaufweisungen entgegen zu nehmen haben. 6. Der Arbeitsnachweis hat sich grundsätzlich von Beeinflussungen des Arbeitsvertrages fernzuhalten. Das schließt nicht aus, daß durch Beschluß des Ausschusses Abmachungen Berücksichtigung finden, welche für das Gewerbe als allgemein gültig anerkannt sind. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß unter die Facharbeitsnachweise für gelernte Arbeiter im obigen Sinne die landwirtschaftlichen Facharbeitsnachweise nicht fallen.

Versammlungskalender.

- Bramsche. 10. Mai, 11 1/2 Uhr, im Lokale vor dem Berge Ditttrath.
- 10. Mai, gleich nach dem Hochamt, Quartalsversammlung bei Leon. Soerschen.
- Dülken. 17. Mai, 10 Uhr, im Lokale Math. Uemeln, Generalversammlung.
- Eiberfeld. 16. Mai, 8 1/2 Uhr, im Lokale Hertentrath, Klobshahn.
- Epe (Westf.). 10. Mai, 11 1/2 Uhr, im Lokale Nade.
- Fischeln. 10. Mai, 11 1/2 Uhr, bei Ludwig Fint.
- Jungenbroich. 10. Mai, gleich nach dem Hochamt, bei Geschwister Hauferers.
- Naals. 9. Mai, 8 1/2 Uhr, bei Arnold Gillissen, Quartalsversammlung.
- Winkrath. 21. Mai, 11 Uhr, bei Wilhelm Hermans, Generalversammlung.
- Wegberg. 17. Mai, 1/2 11 Uhr, im Wegberger Hof (Inhaber Fris Brunen), Generalversammlung. — Vorher um 10 Uhr Vorstand- und Vertrauensmänneritzung.
- Wickrath. Auskunft und Materteilung beim Vorsitzenden Heint. Hügges nur Mittwoch abends von 7 1/2—9 Uhr. — Unterstützungsauszahlung beim Kassierer Wilhelm Wolf nur Samstag abends von 7—9 Uhr.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder:
 Mathias Mörs in Dornbusch.
 Henriette Kanis in Greiz.
 Ww. Helmons in Bettrath.
 Peter Rennes in St. Tönis.
 Gerhard Piepers in Süchteln.
 Johann Jansen in Haaren.
 Heinrich Adams in Euskirchen.
 Ehre ihrem Andenken!

Literarisches.

Eine Abwehrschrift des christlichen Bauarbeiterverbandes. Seit Jahren befindet sich der „freie Bauarbeiterverband“ in einer starken inneren Krise. Die Mitgliederkreise sind unzufrieden mit der Politik des jetzigen Verbandsvorstandes und mit den Beschlüssen der drei letzten Generalversammlungen. Um seine Mitglieder abzulenkten, hat die Leitung des „freien“ Bauarbeiterverbandes zu einem recht schlechten Mittel gegriffen: es unternimmt im ganzen Lande einen Feldzug gegen die christliche Bauarbeiterorganisation. Bereits hat die „deutsche“ Zeitung eine Broschüre gegen den christlichen Bauarbeiterverband herausgegeben, die die schärfsten Angriffe und dicksten Unwahrheiten gegen diese enthält. Zahlreich war das Verhältnis der beiden Verbände untereinander ein gutes, wie es den gewerkschaftlichen und tariflichen Verhältnissen im Baugewerbe förderlich war. Jetzt hat der von der sozialdemokratischen Zeitung mutwillig vom Baume gebrochene Streit das friedfertige Verhältnis zerstört, jedenfalls nicht im Interesse der deutschen Bauarbeiter.

Die Zeitung des christlichen Bauarbeiterverbandes hat die Broschüre und die ganze Aktion des sozialdemokratischen Verbandes mit einer Gegenschrift beantwortet, worin in durchaus sachlicher Form die wahren Gründe für das Vorgehen der gegnerischen Konkurrenzorganisation aufgedeckt werden. Die Schrift gibt einen interessanten Einblick in die Lage des „deutschen“ Bauarbeiterverbandes, die zur Zeit alles andere denn rosig ist. Eine zahlenmäßige Darstellung über die Leistungen der beiden Verbände zeigt, daß der christliche Verband seinem gegnerischen Konkurrenzverbande nicht nur um nichts nachsteht, sondern in manchen Dingen nicht unerheblich überlegen ist. Im allgemeinen bringt die Broschüre auch manche Anhaltspunkte zur Kennzeichnung der inneren Verhältnisse der großen, zentralisierten sozialdemokratischen Industrieverbände.

Wie macht man sein Testament kostenlos selbst? Unter besonderer Berücksichtigung des gegenseitigen Testaments unter Eheleuten getrenntverdinglich dargestellt, erläutert und mit Musterbeispielen versehen von H. Bugemeister, Neuausgabe 1914. Gesetzverlag v. Schwarz u. Co., Berlin S. 14, Dresdenerstraße 80. Preis M. 1.10. In Leinenband M. 1.35.

Jeder, sei er jung oder alt, arm oder reich, verheiratet oder ledig, hat die moralische Pflicht, sein Haus zu bestellen und zu verfügen, in welche Hände sein Hab und Gut nach seinem Tode gelangen soll. Das Gesetz hat die Errichtung von Testamenten ohne Mitwirkung von Notar und Gericht einerseits sehr leicht gemacht, andererseits sind ganz bestimmte Regeln und Vorschriften zu beobachten, wenn das Testament gültig sein soll. Das vorliegende Buch, das den Stoff in kurzer, leicht verständlicher Form behandelt, und auf alle Verhältnisse zutreffende Muster zu Testamenten enthält, ist dazu bestimmt, bei der kostenlosen Errichtung letztwilliger Verfügungen insbesondere bei gemeinschaftlichen Testamenten von Ehepaaren ein zuverlässiger, unentbehrlicher Berater zu sein. Das Werkchen soll dazu beitragen, daß bei dem Tode eines der Gatten die Rechtsverhältnisse des überlebenden Gatten, bezw. Gattin und der Kinder in jeder deutschen Familie kostenlos geregelt sind, und viele Kosten, Sorge, Kummer und Zwist vermieden werden.

Die Krankenversicherung der Hausgewerbetreibenden nach der W.D. Von Dr. F. Hoffmann. Preis kart. 2 M. Verlag Carl Heymanns, Berlin.

Es handelt sich um neue gesetzliche Bestimmungen von großer sozialer Tragweite, die angesichts der Kompliziertheit der Materie zu ihrer richtigen Würdigung und Durchführung einer zuverlässigen Erläuterung bedürfen. Aus diesem Grunde wird dieser Taschenkommentar aus der Feder des als erste Autorität auf dem Gebiete der Krankenversicherung bekannten Verfassers für zahlreiche Leser zweifellos von großem Interesse sein.

Inhaltsverzeichnis.

- Artikel: Die Müden. — Arbeiterin und Gewerkschaft. — Qualitätsarbeit. — Zur Lohnregelung in der Heimindustrie. — Eine tragische Sache. — Fenilleton: Arbeiterinnen-agitation. — Allgemeine Rundschau: 7093 neue Mitglieder. — Kranke Arbeiter. — „Und folgst du nicht willig...“ — Deutsche und holländische Fachabteilungen. — Die Deutsche Vereinigung und wir. — Im „Berliner“ Verbands. — Klassen Gegenätze. — Racker Egoismus, keine Solidarität. — Religion ist Privatsache. — Der Kampf um das Konfessionsrecht. — Arbeiter in der Gewerbeaufsicht. — Die „gemeinnützige deutsche Volksversicherung“. — Die Reaktion auf Gleichwegen. — Aus unserer Industrie: Krach in der Schirm- und Krawattenstoffbranche. — Gute Unternehmergewinne in der Textilindustrie. — Aus dem Verbandsgebiete: Lichtbildervorträge. — Lohnbewegungen und Arbeitsfreitigkeiten: M.-Glabach. — Krefeld. — Aus unseren Bezirken: Industrie und Landwirtschaft in Glatz-Vohringen. — Berichte aus den Ortsgruppen: Altkirch. — Falkenstein. — Greiz. — Kollnau. — Mühlhausen. — Volkswirtschaftliches und Soziales: Von der evangelisch-sozialen Schule. — Zur Reform der Arbeitsnachweise. — Versammlungskalender. — Sterbe-Tafel. — Literarisches.

Mitglieder, agitiert für den Verband!